



Nr. 18/2007

Dortmund, 16.10.2007

**Inhalt:**

**Amtlicher Teil:**

Master-Prüfungsordnung für den Master-Studiengang Wirtschaftswissenschaften an der Universität Dortmund vom 11.10.2007

Seite 1 - 33

Bachelor-Prüfungsordnung für den Bachelor-Studiengang Wirtschaftswissenschaften an der Universität Dortmund vom 11.10.2007

Seite 34 - 69

**Master-Prüfungsordnung**  
für den Master-Studiengang Wirtschaftswissenschaften  
an der Universität Dortmund  
vom 11.10.2007

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) vom 31. Oktober 2006 (GV. NRW S. 474) hat die Universität Dortmund die folgende Master-Prüfungsordnung als Satzung erlassen:

**Inhaltsübersicht**

**I. Allgemeines**

- § 1 Zweck der Prüfung und Ziel des Studiums, Zugangsvoraussetzung
- § 2 Master-Grad
- § 3 Regelstudienzeit und Studiumumfang
- § 4 Prüfungsleistungen
- § 5 Prüfungen und Prüfungsfristen
- § 6 Prüfungsausschuss
- § 7 Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer
- § 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, Einstufung in höhere Fachsemester
- § 9 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

## **II. Master-Prüfung**

- § 10 Zulassung
- § 11 Zulassungsverfahren
- § 12 Umfang und Art der Master-Prüfung
- § 13 Master-Arbeit
- § 14 Annahme und Bewertung der Master-Arbeit
- § 15 Bewertung der Prüfungsleistungen, Bildung der Noten und Bestehen der Master-Prüfung
- § 16 Wiederholung der Master-Prüfung
- § 17 Zeugnis, Bescheide und Bescheinigungen
- § 18 Master-Urkunde

## **III. Schlussbestimmungen**

- § 19 Ungültigkeit der Master-Prüfung
- § 20 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 21 Aberkennung des Master-Grades
- § 22 In-Kraft-Treten und Veröffentlichung

# I. Allgemeines

## § 1

### **Zweck der Prüfung und Ziel des Studiums, Zugangsvoraussetzung**

- (1) <sup>1</sup>Die Master-Prüfung bildet den zweiten berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums im Master-Studiengang Wirtschaftswissenschaften an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Dortmund. <sup>2</sup>Durch die Master-Prüfung soll festgestellt werden, ob die Kandidatinnen und Kandidaten die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben haben, die Zusammenhänge ihres Faches überblicken und die Fähigkeit besitzen, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse selbstständig anzuwenden.
- (2) Das Master-Studium soll den Kandidatinnen und Kandidaten unter Berücksichtigung der Anforderungen und Veränderungen in der Berufswelt sowie der aktuellen wissenschaftlichen Fachdiskussion die erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden so vermitteln, dass sie zu wissenschaftlicher Arbeit, zur kritischen Einordnung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und zu verantwortlichem Handeln befähigt werden.
- (3) <sup>1</sup>Aufbauend auf den in einem Bachelor-Studiengang erworbenen breiten Grundlagenwissen insbesondere in den Bereichen der Betriebswirtschaftslehre, der Volkswirtschaftslehre und der Soziologie erfolgt eine schwerpunktbezogene, wissenschaftlich fundierte Vertiefung, um eine Orientierung auf die angestrebten beruflichen Tätigkeitsfelder zu ermöglichen und darüber hinaus Kompetenzen für Führungsaufgaben in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zu vermitteln. <sup>2</sup>Das Studium soll auf diese Weise die Eingangsmöglichkeit insbesondere für gehobene Berufsfelder in Industrie, Handwerk und Handel, bei Banken, Versicherungen und anderen Dienstleistungsunternehmen, in Forschungsinstituten, Verbänden und in der

öffentlichen Wirtschaft schaffen. <sup>3</sup>Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Einstieg in den Beruf häufig zusätzlich über Ausbildungsprogramme einzelner Wirtschaftszweige oder Unternehmen erfolgt. <sup>4</sup>Angestrebt wird somit nicht Berufsfertigkeit in dem Sinne, dass eine unmittelbare Einsatzfähigkeit in spezifischen betrieblichen Positionen vorliegt, sondern Berufsfähigkeit in dem Sinne, dass nach einer Zeit der Einarbeitung in der Wirtschaftspraxis komplexe und vielfältige Aufgabenstellungen zu bewältigen und dabei auch der wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Kontext sowie dessen Wandlungen und Transformationen zu berücksichtigen sind. <sup>5</sup>Ziel des Studiums ist neben der berufsbezogenen und der wissenschaftlichen Ausbildung auch, Kompetenzen zur Prognose und Bewertung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Trends sowie zum ethisch verantwortungsvollen Handeln zu vermitteln.

- (4) <sup>1</sup>Zugangsvoraussetzung für das Master-Studium ist ein einschlägiger Bachelor-Grad. <sup>2</sup>Einschlägig ist ein Bachelor-Grad, wenn er als Abschluss eines Studienganges Wirtschaftswissenschaften oder eines verwandten Studienganges (z. B. Wirtschaftsinformatik, Wirtschaftsingenieurwesen oder Wirtschaftsmathematik) oder eines anderen universitären Studienganges mit wirtschaftswissenschaftlichem Nebenfach im Umfang von mindestens einem Sechstel (30 ECTS-Leistungspunkte) verliehen wurde. <sup>3</sup>Der erworbene Bachelor-Abschluss muss eine überdurchschnittliche Leistung (Gesamtnote mindestens „gut“ oder ECTS-Note mindestens B) widerspiegeln; § 15 gilt entsprechend. <sup>4</sup>In Ausnahmefällen kann auch ein erworbener Diplomgrad in einem der in Satz 2 genannten Studiengänge als Zugangsvoraussetzung anerkannt werden; Satz 3 gilt entsprechend.
- (5) <sup>1</sup>Für das Studium sind sehr gute Kenntnisse der englischen Sprache erforderlich, da die englische Sprache Kommunikationsmittel in der Fachliteratur, auf Kongressen und bei der Pflege internationaler Kontakte ist. <sup>2</sup>Es wird empfohlen, vor Beginn des Studiums durch berufliche Tätigkeiten oder Praktika einen gewissen Praxisbezug hergestellt zu haben.

- (6) Das Studium kann im Sommer- und im Wintersemester aufgenommen werden.

## § 2

### **Master-Grad**

Aufgrund der bestandenen Master-Prüfung verleiht die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Dortmund (Fakultät) den akademischen Grad „Master of Science“ („M.Sc.“) und zwar unabhängig vom gewählten Studienprofil.

## § 3

### **Regelstudienzeit und Studienumfang**

- (1) <sup>1</sup>Das Studium ist auf der Basis eines Leistungspunktesystems aufgebaut, das mit dem European Credit Transfer System (ECTS) kompatibel ist. <sup>2</sup>Die Regelstudienzeit beträgt einschließlich der Anfertigung der Master-Arbeit vier Semester.
- (2) <sup>1</sup>Der Studienumfang im Wahlpflicht- und Wahlbereich beträgt pro Semester 900 studentische Arbeitsstunden, die 30 ECTS-Leistungspunkten entsprechen. <sup>2</sup>Insgesamt umfasst das Studium 3.600 studentische Arbeitsstunden, die 120 ECTS-Leistungspunkten entsprechen. <sup>3</sup>Die Studieninhalte sind so auszuwählen und zu begrenzen, und das Prüfungsverfahren ist so zu regeln, dass das Studium in der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann. <sup>4</sup>Dabei ist zu gewährleisten, dass die Studierenden im Rahmen dieser Prüfungsordnung nach eigener Wahl Schwerpunkte setzen können und die Wahlpflichtveranstaltungen in einem ausgeglichenen Verhältnis zur selbstständigen Vorbereitung und Vertiefung des Stoffes und zur Teilnahme an

zusätzlichen Lehrveranstaltungen, auch in anderen Studiengängen, stehen.

<sup>5</sup>Die Lehrveranstaltungen können auch in englischer Sprache angeboten werden.

- (3) <sup>1</sup>Das Studium gliedert sich in neun Module, die sich jeweils über höchstens zwei Semester erstrecken. <sup>2</sup>Die Module umfassen inhaltlich zusammenhängende Lehrveranstaltungen im Umfang von regelmäßig insgesamt etwa acht, ausnahmsweise etwa vier Semesterwochenstunden. <sup>3</sup>Die ECTS-Leistungspunkte werden auf der Grundlage erfolgreich absolvierter Modulprüfungen oder Teilleistungen vergeben. <sup>4</sup>Mit der Modulprüfung oder den für ein Modul vorgesehen Teilleistungen wird das Erreichen der für das Modul beschriebenen Lernziele überprüft. <sup>5</sup>In den Modulen, für die eine Modulprüfung vorgesehen ist, werden die für das Modul vorgesehenen ECTS-Leistungspunkte auf der Grundlage der erfolgreich absolvierten Modulprüfung vergeben. <sup>6</sup>In den Modulen, für die Teilleistungen vorgesehen sind, werden die für das Modul vorgesehenen ECTS-Leistungspunkte vergeben, wenn alle für das Modul vorgesehenen Teilleistungen erfolgreich absolviert sind

## § 4

### Prüfungsleistungen

- (1) <sup>1</sup>Prüfungsleistungen werden in der Regel in Form von Klausurarbeiten oder Referaten (Vorträgen auf der Basis schriftlicher Ausarbeitungen) oder Hausarbeiten oder mündlichen Prüfungen und der Master-Arbeit erbracht. <sup>2</sup>Sämtliche Prüfungsleistungen werden studienbegleitend abgelegt. <sup>3</sup>Die jeweils für den Erwerb von ECTS-Leistungspunkten notwendigen Prüfungsleistungen sollen im direkten Anschluss an das Modul (Modulprüfung) oder an die entsprechenden Lehrveranstaltungen (Teilleistungen) erbracht werden. <sup>4</sup>Gegenstand der Prüfungsleistungen sind die Inhalte der den Modulen oder Teilen von Modulen zugeordneten Lehrveranstaltungen.

- (2) In den Klausurarbeiten sollen die Kandidatinnen und Kandidaten nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln ein Problem mit den geläufigen Methoden ihres Faches erkennen und lösen können.
- (3) Eine Klausurarbeit dauert 60 Minuten oder 90 Minuten.
- (4) <sup>1</sup>Die Klausurarbeiten werden unter Aufsicht durchgeführt und sind nicht öffentlich. <sup>2</sup>Die jeweils zugelassenen Hilfsmittel werden von den Prüferinnen und Prüfern mindestens zwei Wochen vor dem jeweiligen Klausurtermin durch Aushang bekanntgegeben.
- (5) <sup>1</sup>Jede Klausurarbeit ist von mindestens zwei Prüferinnen oder Prüfern gemäß § 15 Abs. 1 zu bewerten. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss kann aus zwingenden Gründen Ausnahmen zulassen; die Gründe sind aktenkundig zu machen. <sup>3</sup>Die Note der Klausurarbeit ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen. <sup>4</sup>Die Bewertung der Klausurarbeit wird den Kandidatinnen und Kandidaten spätestens vier Wochen nach dem Klausurtermin durch Aushang mitgeteilt, wobei die Anforderungen des Datenschutzes zu beachten sind. <sup>5</sup>Der Prüfungsausschuss legt den Zeitraum fest, in dem die Prüferinnen und Prüfer den Kandidatinnen und Kandidaten Einsicht in ihre Klausurarbeiten zu gewähren haben.
- (6) <sup>1</sup>In den mündlichen Prüfungen sollen die Kandidatinnen und Kandidaten nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen. <sup>2</sup>Durch die mündlichen Prüfungen soll ferner festgestellt werden, ob die Kandidatinnen und Kandidaten über breites Grundlagenwissen verfügen.
- (7) <sup>1</sup>Mündliche Prüfungen werden vor mehreren Prüferinnen oder Prüfern oder einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers (§ 7 Abs. 1 Satz 5) als Gruppenprüfungen oder als Einzelprüfungen abgelegt. <sup>2</sup>In Gruppenprüfungen werden jeweils nicht mehr als vier Kandidatinnen bzw. Kandidaten gemeinsam zugelassen. <sup>3</sup>Vor der



Festsetzung der Note gemäß § 15 Abs. 1 hat die Prüferin oder der Prüfer die Beisitzerin oder den Beisitzer zu hören.

- (8) Die mündliche Prüfung dauert je Kandidatin oder je Kandidat mindestens 15 Minuten und höchstens 30 Minuten.
- (9) <sup>1</sup>Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfungen sind für jede Kandidatin oder jeden Kandidaten in einem Protokoll festzuhalten, das die Beisitzerin oder der Beisitzer führt. <sup>2</sup>Das Ergebnis der einzelnen Prüfung ist der Kandidatin oder dem Kandidaten im Anschluss an die mündliche Prüfung bekanntzugeben.
- (10) <sup>1</sup>Studierende, die in einem späteren Prüfungszeitraum die gleiche mündliche Prüfungsleistung erbringen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörerinnen bzw. Zuhörer zugelassen, es sei denn, die Kandidatin oder der Kandidat widerspricht. <sup>2</sup>Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

## § 5

### Prüfungen und Prüfungsfristen

- (1) <sup>1</sup>Die Master-Prüfung wird durch Erwerb von ECTS-Leistungspunkten in studienbegleitenden Prüfungen gemäß § 12 erbracht. <sup>2</sup>Die Anmeldung zur Master-Prüfung ist zu richten an den Prüfungsausschuss durch Einreichen des schriftlichen Antrags auf Zulassung zu den Prüfungen gemäß § 10. <sup>3</sup>Sofern die technischen Voraussetzungen erfüllt sind, tritt an die Stelle des schriftlichen Anmeldeverfahrens ein elektronisches Anmeldeverfahren. <sup>4</sup>Die Anmeldung zur Master-Prüfung erfolgt mit der Anmeldung zur ersten Prüfungsleistung. <sup>5</sup>Zu jeder Prüfungsleistung ist eine Anmeldung bis spätestens zwei Wochen vor dem jeweiligen Prüfungstermin erforderlich. <sup>6</sup>Die erstmalige Anmeldung zu den Prüfungsleistungen soll spätestens zum Ende des jeweils in § 12 Abs. 1 Satz 1 vorgesehenen Semesters erfolgen. <sup>7</sup>Erfolgt sie nicht innerhalb der nächsten

drei Semester, erlischt der Prüfungsanspruch, es denn, die Kandidatin oder der Kandidat weist nach, dass sie oder er das Versäumnis nicht zu vertreten hat.

<sup>8</sup>Die für die Meldungen zu den Prüfungen maßgebenden Termine werden vom Prüfungsausschuss festgesetzt und durch Aushang bekannt gegeben. <sup>9</sup>Die Prüfungstermine für Klausurarbeiten werden mindestens zwei Monate vor Prüfungsbeginn durch Aushang bekannt gegeben.

- (2) Nach einer Anmeldung zu einer Prüfungsleistung kann sich die Kandidatin oder der Kandidat nicht wieder von dieser abmelden.
- (3) <sup>1</sup>Machen Studierende durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung oder chronischer Erkrankung nicht in der Lage sind, eine Prüfungsleistung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder Frist abzulegen, so hat die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses zu gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form oder Frist zu erbringen. <sup>2</sup>Bei Zweifeln soll die zuständige Person oder Stelle für Fragen zu Belangen behinderter Studierender beteiligt werden.
- (4) <sup>1</sup>Das Prüfungsverfahren muss die gesetzlichen Mutterschutzfristen und die Fristen des Erziehungsurlaubs berücksichtigen. <sup>2</sup>Studierende, die die Fristen des Erziehungsurlaubs in Anspruch nehmen wollen, müssen dies gegenüber dem Prüfungsausschuss schriftlich erklären. <sup>3</sup>Diese Erklärung muss eine Auskunft gemäß § 16 Abs. 1 Bundeserziehungsgeldgesetz darüber beinhalten, für welchen Zeitraum oder für welche Zeiträume sie die Fristen in Anspruch nehmen wollen. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss prüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

## § 6

### Prüfungsausschuss

- (1) <sup>1</sup>Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet der Fakultätsrat einen Prüfungsausschuss. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss besteht aus der oder dem Vorsitzenden, deren bzw. dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter und fünf weiteren Mitgliedern. <sup>3</sup>Vier Mitglieder werden aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, ein Mitglied wird aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und zwei Mitglieder werden aus der Gruppe der Studierenden des Bachelor-Studienganges Wirtschaftswissenschaften gewählt. <sup>4</sup>Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses Vertreterinnen oder Vertreter gewählt. <sup>5</sup>Die Mitglieder des Prüfungsausschusses wählen in der ersten Sitzung einer jeden Amtszeit aus dem Kreis der im Prüfungsausschuss vertretenen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die oder den Vorsitzenden sowie die oder den stellvertretenden Vorsitzenden. <sup>6</sup>Die Amtszeit der Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt drei Jahre, die Amtszeit der studentischen Mitglieder ein Jahr. <sup>7</sup>Wiederwahl ist zulässig. <sup>8</sup>Die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses ist bekanntzugeben.
- (2) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung von Prüfungen. <sup>2</sup>Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. <sup>3</sup>Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss dem Fakultätsrat regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten zu berichten. <sup>4</sup>Er gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung und der Studienpläne. <sup>5</sup>Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf die Vorsitzende oder den

Vorsitzenden übertragen; dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche und den Bericht an die Fakultät.

- (3) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden und zwei weiteren Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrern mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. <sup>2</sup>Er beschließt mit einfacher Mehrheit. <sup>3</sup>Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. <sup>4</sup>Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Beurteilung, Anerkennung oder Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen, der Festlegung von Prüfungsaufgaben und der Bestellung von Prüferinnen und Prüfern sowie Beisitzerinnen und Beisitzern, nicht mit.
- (4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen.
- (5) <sup>1</sup>Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. <sup>2</sup>Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. <sup>3</sup>Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (6) Die laufenden Geschäfte des Prüfungsausschusses übernimmt das Zentrum für Studienangelegenheiten (ZfS) der Universität Dortmund.

## § 7

### **Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer**

- (1) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer. <sup>2</sup>Er kann die Bestellung der oder dem Vorsitzenden übertragen. <sup>3</sup>Zur Prüferin oder zum

Prüfer dürfen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie weitere prüfungsberechtigte Personen im Sinne des § 65 Abs. 1 HG bestellt werden.

<sup>4</sup>Zur Prüferin oder zum Prüfer darf nur bestellt werden, wer die entsprechende Master- oder Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung im entsprechenden Fachgebiet abgelegt hat. <sup>5</sup>Als Beisitzerin oder als Beisitzer, die von der zuständigen Prüferin oder dem zuständigen Prüfer benannt werden, darf an der Prüfung nur mitwirken, wer die entsprechende Master- oder Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung im entsprechenden Fachgebiet abgelegt hat.

- (2) Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.
- (3) <sup>1</sup>Die Kandidatinnen und Kandidaten können für die Master-Arbeit Prüferinnen und Prüfer vorschlagen. <sup>2</sup>Auf die Vorschläge der Kandidatinnen und Kandidaten soll nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. <sup>3</sup>Die Vorschläge begründen jedoch keinen Anspruch.
- (4) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass der Kandidatin oder dem Kandidaten durch Aushang die Namen der Prüferinnen und Prüfer rechtzeitig, mindestens zwei Wochen vor dem Termin der jeweiligen Prüfung, bekanntgegeben werden.

## § 8

### **Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, Einstufung in höhere Fachsemester**

- (1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in demselben Studiengang an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt.
- (2) <sup>1</sup>Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen oder an anderen als Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt

wird. <sup>2</sup>Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erbracht wurden, werden auf Antrag angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt wird. <sup>3</sup>Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an der Universität Dortmund im Wesentlichen entsprechen. <sup>4</sup>Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. <sup>5</sup>Für die Gleichwertigkeit von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen an ausländischen Hochschulen sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. <sup>6</sup>Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. <sup>7</sup>Im Rahmen des European Credit Transfer System erworbene Leistungspunkte werden angerechnet, wenn vor Abreise der Kandidatin oder des Kandidaten in das Ausland Art und Umfang der Anrechnung schriftlich zwischen der Kandidatin oder dem Kandidaten, einer oder einem Beauftragten des Prüfungsausschusses und einer Vertreterin oder einem Vertreter des Lehrkörpers der ausländischen Partnerhochschule festgelegt worden sind. <sup>8</sup>Auf eine solche Vereinbarung kann verzichtet werden, wenn der Austausch im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung erfolgt.

- (3) Für die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien oder in vom Land Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund entwickelten Fernstudieneinheiten gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.
- (4) Einschlägige berufspraktische Tätigkeiten können vom Prüfungsausschuss anerkannt werden.
- (5) <sup>1</sup>Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die aufgrund einer Einstufungsprüfung gemäß § 49 Abs. 11 HG berechtigt sind, das Studium in

einem höheren Fachsemester aufzunehmen, werden die in der Einstufungsprüfung nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten auf Studienleistungen und Prüfungsleistungen der Master-Prüfung angerechnet.  
<sup>2</sup>Die Feststellungen im Zeugnis über die Einstufungsprüfung sind für den Prüfungsausschuss bindend.

- (6) <sup>1</sup>Zuständig für die Anrechnungen nach den Absätzen 1 bis 5 ist der Prüfungsausschuss. <sup>2</sup>Vor Feststellungen über die Gleichwertigkeit sind zuständige Fachvertreterinnen und Fachvertreter zu hören.
- (7) <sup>1</sup>Werden Studienleistungen und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. <sup>2</sup>Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. <sup>3</sup>Die Anrechnung wird im Zeugnis gekennzeichnet.
- (8) <sup>1</sup>Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 5 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. <sup>2</sup>Die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. <sup>3</sup>Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen. <sup>4</sup>Aufgrund von Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die nach den Absätzen 1 bis 5 anzurechnen sind, können insgesamt höchstens die Hälfte der erforderlichen ECTS-Leistungspunkte erworben werden.

## § 9

### **Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß**

- (1) <sup>1</sup>Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die Kandidatin oder der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn sie oder er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. <sup>2</sup>Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche

Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

- (2) <sup>1</sup>Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. <sup>2</sup>Bei Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten wird die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt, aus dem sich die Befundtatsachen ergeben, die in allgemeinverständlicher Form die Prüfungsunfähigkeit belegen. <sup>3</sup>Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe nicht an, wird dies der Kandidatin oder dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt.
- (3) <sup>1</sup>Versucht die Kandidatin oder der Kandidat, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung, z. B. Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; die Feststellung wird von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder den Aufsichtführenden getroffen und aktenkundig gemacht. <sup>2</sup>Eine Kandidatin oder ein Kandidat, die bzw. der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder den Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. <sup>3</sup>Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. <sup>4</sup>In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Kandidatin oder den Kandidaten von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.
- (4) <sup>1</sup>Die Kandidatin oder der Kandidat kann innerhalb einer Frist von 14 Tagen verlangen, dass Entscheidungen nach Absatz 3 Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. <sup>2</sup>Belastende Entscheidungen sind der Kandidatin oder dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. <sup>3</sup>Vor der Entscheidung ist der Kandidatin oder dem Kandidaten Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.



- (5) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss kann von Kandidatinnen und Kandidaten bei Prüfungen eine schriftliche Erklärung verlangen, dass sie oder er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit einen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie wörtliche und sinngemäße Zitate kenntlich gemacht hat. <sup>2</sup>§ 13 Abs. 10 bleibt unberührt.

## II. Master-Prüfung

### § 10

#### Zulassung

- (1) Zur Master-Prüfung kann nur zugelassen werden, wer an der Universität Dortmund für den Master-Studiengang Wirtschaftswissenschaften eingeschrieben oder gemäß § 52 Abs. 2 HG als Zweithörerin oder Zweithörer zugelassen ist.
- (2) <sup>1</sup>Die Anmeldung zur Master-Prüfung (§ 5 Abs. 1 Satz 4) soll im ersten Fachsemester erfolgen. <sup>2</sup>Dem Antrag ist eine Erklärung darüber beizufügen, ob die Kandidatin oder der Kandidat bereits eine Master-Prüfung im Studiengang Wirtschaftswissenschaften oder in einem verwandten Studiengang (z. B. Wirtschaftsinformatik, Wirtschaftsingenieurwesen oder Wirtschaftsmathematik) nicht oder endgültig nicht bestanden hat oder ob sie bzw. er sich in einem anderen Prüfungsverfahren befindet.

## § 11

### Zulassungsverfahren

- (1) <sup>1</sup>Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss oder gemäß § 6 Abs. 2 Satz 5 dessen Vorsitzende oder dessen Vorsitzender. <sup>2</sup>Die Entscheidung über den Zulassungsantrag wird der Kandidatin oder dem Kandidaten durch Aushang, im Falle der Ablehnung schriftlich mit Begründung mitgeteilt.
- (2) Die Zulassung ist abzulehnen, wenn
1. die in § 10 Abs. 1 genannte Voraussetzung nicht erfüllt ist oder
  2. die Kandidatin oder der Kandidat die Master-Prüfung im Studiengang Wirtschaftswissenschaften oder in einem verwandten Studiengang (§ 10 Abs. 2 Satz 2) endgültig nicht bestanden hat (im Falle verwandter Studiengänge entscheidet über Ausnahmen der Prüfungsausschuss) oder
  3. nach abgelegter Prüfung in einem der in Nummer 2 genannten Studiengänge aufgrund einer anschließenden Anfechtung des Prüfungsbescheides eine bestands- und rechtskräftige Entscheidung über das endgültige Nichtbestehen noch nicht vorliegt oder
  4. die Kandidatin oder der Kandidat sich bereits in einem anderen Prüfungsverfahren im gleichen Studiengang an einer anderen Hochschule befindet.

## § 12

### Umfang und Art der Master-Prüfung

- (1) <sup>1</sup>Die Master-Prüfung beinhaltet den Erwerb von insgesamt 120 ECTS-Leistungspunkten und erstreckt sich in den ersten zwei Semestern auf die vier

Grundmodule 1 bis 4, deren vollständiger und erfolgreicher Abschluss jeweils 15 ECTS-Leistungspunkte erbringt, im dritten Semester auf die vier Ergänzungsmodule 5 bis 8, deren vollständiger und erfolgreicher Abschluss jeweils 7,5 ECTS-Leistungspunkte erbringt, und im vierten Semester auf das Modul 9, dessen vollständiger und erfolgreicher Abschluss 30 ECTS-Leistungspunkte erbringt. <sup>2</sup>Die ECTS-Leistungspunkte können nur einmal erworben und nur für ein Modul angerechnet werden. <sup>3</sup>Die Festlegung des Studienprofils im Sinne der Absätze 2 bis 5 erfolgt unwiderruflich mit der ersten Anmeldung zu einer Prüfungsleistung. <sup>4</sup>Innerhalb des gewählten Studienprofils müssen ohne Berücksichtigung des Moduls 9 mindestens 45 ECTS-Leistungspunkte erworben werden. <sup>5</sup>Die Prüfungsleistungen eines Moduls werden entweder durch eine Modulprüfung oder durch mehrere kumulative Teilleistungen erbracht. <sup>6</sup>Art und Umfang aller zu erbringenden Prüfungsleistungen sind in den einzelnen Modulbeschreibungen festgelegt; sollte dies nicht eindeutig sein, geben die jeweiligen Prüferinnen und Prüfer zum Beginn eines jeden Semesters verbindlich bekannt, in welcher Art und in welchem Umfang die Prüfungsleistungen zu erbringen sind.

(2) <sup>1</sup>Innerhalb des Studienprofils „Business A: Accounting & Finance“ sind als Fächer der Grundmodule 1 und 2 zwei der folgenden Fächer zu wählen:

1. Investition und Finanzierung,
2. Unternehmensrechnung und Controlling,
3. Wirtschaftsprivatrecht,
4. Wirtschaftsprüfung und Unternehmensbesteuerung.

<sup>2</sup>Als die zwei Fächer der Grundmodule 3 und 4 innerhalb des Studienprofils „Business A: Accounting & Finance“ ist mindestens ein in den Absätzen 3 bis 5 genanntes Fach und höchstens ein im Satz 1 genanntes, aber nicht bereits gewähltes Fach zu wählen.

(3) <sup>1</sup>Innerhalb des Studienprofils „Business B: Management & Organizations“ sind als Fächer der Grundmodule 1 und 2 zwei der folgenden Fächer zu wählen:

1. Innovations- und Gründungsmanagement,
2. Innovations- und Techniksoziologie,
3. Marketing,
4. Personalentwicklung,
5. Strategisches und Internationales Management,
6. Wirtschafts- und Industriesoziologie.

<sup>2</sup>Als die zwei Fächer der Grundmodule 3 und 4 innerhalb des Studienprofils „Business B: Management & Organizations“ ist mindestens ein in den Absätzen 2, 4 und 5 genanntes Fach und höchstens ein im Satz 1 genanntes, aber nicht bereits gewähltes Fach zu wählen.

(4) <sup>1</sup>Innerhalb des Studienprofils „Business C: Operations & Information“ sind als Fächer der Grundmodule 1 und 2 zwei der folgenden Fächer zu wählen:

1. Dienstleistungsmanagement,
2. Operations Research,
3. Produktion und Logistik,
4. Wirtschaftsinformatik.

<sup>2</sup>Als die zwei Fächer der Grundmodule 3 und 4 innerhalb des Studienprofils „Business C: Operations & Information“ ist mindestens ein in den Absätzen 2, 3 und 5 genanntes Fach und höchstens ein im Satz 1 genanntes, aber nicht bereits gewähltes Fach zu wählen.

- (5) <sup>1</sup>Innerhalb des Studienprofils „Economics“ sind als Fächer der Grundmodule 1 und 2 zwei der folgenden Fächer zu wählen:
1. Applied Economics,
  2. Makroökonomie,
  3. Mikroökonomie,
  4. Öffentliche Finanzen,
  5. Wirtschaftspolitik.
- <sup>2</sup>Als die zwei Fächer der Grundmodule 3 und 4 innerhalb des Studienprofils „Economics“ ist mindestens ein in den Absätzen 2 bis 4 genanntes Fach und höchstens ein im Satz 1 genanntes, aber nicht bereits gewähltes Fach zu wählen.
- (6) <sup>1</sup>In den Ergänzungsmodulen 5 bis 8 ist innerhalb aller vier Studienprofile jeweils eine weitere Veranstaltung in den nach Absatz 2 bis 5 gewählten Fächern zu wählen; die Ergänzungsmodule gehören dann zu den jeweils gewählten Fächern. <sup>2</sup>Alternativ kann in höchstens zwei der vier Ergänzungsmodule auch eine andere Veranstaltung gewählt werden.
- (7) Die Prüfungsform (Modulprüfung oder Teilleistungen) sowie die ECTS-Leistungspunkte der einzelnen Lehrveranstaltungen ergeben sich aus den Modulbeschreibungen.
- (8) Für Modul 9 gelten die Regelungen der §§ 13 und 14.
- (9) In den Fächern des gewählten Studienprofils im Sinne der Absätze 2 bis 5 sind insgesamt mindestens zwei Seminare oder ein Projektseminar und in einem anderen Fach mindestens ein weiteres Seminar erfolgreich zu absolvieren.
- (10) <sup>1</sup>Die zu einer Lehrveranstaltung oder zu einem Modul gehörende Prüfungsleistung kann zum Ende des Semesters erbracht werden, in dem die einem Modul zugeordnete Lehrveranstaltung angeboten wurde bzw. das Modul endet (Haupttermin Frühjahr oder Haupttermin Herbst). <sup>2</sup>Diese Prüfungsleistung kann auch zum Beginn des unmittelbar darauf folgenden Semesters erbracht

werden (Nachtermin Frühjahr oder Nachtermin Herbst). <sup>3</sup>Soweit dies nicht eindeutig durch die jeweilige Modulbeschreibung festgelegt ist, geben die Prüferinnen und Prüfer spätestens vier Wochen nach dem Beginn der Vorlesungszeit, in die der zugehörige Haupttermin fällt, verbindlich Art und Umfang der im Nachtermin zu erbringenden Prüfungsleistung bekannt; beides kann im Nachtermin anders als im jeweiligen Haupttermin sein.

## § 13

### Master-Arbeit

- (1) <sup>1</sup>Die Master-Arbeit ist eine Prüfungsarbeit. <sup>2</sup>Sie soll zeigen, dass die Kandidatin oder der Kandidat in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus ihrem bzw. seinem Fach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.
- (2) <sup>1</sup>Die Master-Arbeit kann von jeder Hochschullehrerin, Privatdozentin oder Hochschuldozentin und von jedem Hochschullehrer, Privatdozenten oder Hochschuldozenten ausgegeben und betreut werden, sofern diese hauptberuflich in Forschung und Lehre in der Fakultät tätig sind. <sup>2</sup>Mit Genehmigung des Prüfungsausschusses und unter Beachtung des § 65 Abs. 1 HG kann die Master-Arbeit von einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer ausgegeben und betreut werden, die oder der einem anderen Fachbereich der Universität Dortmund oder in begründeten Ausnahmefällen einer anderen Universität oder der Fakultät als Honorarprofessorin oder Honorarprofessor angehört; in diesen Fällen ist der Kandidatin oder dem Kandidaten eine Hochschullehrerin oder ein Hochschullehrer der Fakultät als Zweitbetreuerin oder Zweitbetreuer zuzuordnen.
- (3) <sup>1</sup>Das Thema der Master-Arbeit soll in der Regel aus dem nach § 12 Abs. 1 Satz 3 festgelegten Studienprofil gewählt werden. <sup>2</sup>Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für das Thema der Master-Arbeit zu machen. <sup>3</sup>§ 7 Abs. 3 ist zu beachten. <sup>4</sup>Die Master-Arbeit kann im Einvernehmen zwischen Betreuerin oder Betreuer und Kandidatin oder Kandidat auch in englischer Sprache angefertigt werden.
- (4) <sup>1</sup>Das Thema für die Master-Arbeit kann erst nach Erreichen von mindestens 60 ECTS-Leistungspunkten ausgegeben werden. <sup>2</sup>Die Ausgabe erfolgt über die

Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. <sup>3</sup>Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen.

- (5) Kann eine Kandidatin oder ein Kandidat keine Betreuerin oder keinen Betreuer benennen, sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten dafür, dass sie bzw. er ein Thema für eine Master-Arbeit und eine Betreuerin oder einen Betreuer erhält.
- (6) Die Master-Arbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit von zwei Kandidatinnen bzw. Kandidaten zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der oder des Einzelnen aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.
- (7) <sup>1</sup>Die Bearbeitungszeit für die Master-Arbeit beträgt 17 Wochen, bei einem empirischen, experimentellen oder mathematischen Thema höchstens 26 Wochen. <sup>2</sup>Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein, dass die Master-Arbeit innerhalb der vorgegebenen Frist abgeschlossen werden kann. <sup>3</sup>Auf begründeten Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit der Betreuerin oder dem Betreuer ausnahmsweise eine Verlängerung der Bearbeitungszeit um bis zu vier Wochen gestatten. <sup>4</sup>Ein Verlängerungsantrag ist spätestens 14 Tage vor Ablauf der Bearbeitungszeit zu stellen.
- (8) Das Thema der Master-Arbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten 14 Tage der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden; die Master-Arbeit gilt dann als nicht begonnen.
- (9) Der Umfang der Master-Arbeit soll in der Regel etwa 70 bis 80 Seiten betragen.
- (10) <sup>1</sup>Bei der Abgabe der Master-Arbeit hat die Kandidatin oder der Kandidat an Eides statt zu versichern, dass sie bzw. er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit



einen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie wörtliche und sinngemäße Zitate kenntlich gemacht hat.<sup>2</sup>Bei der Abgabe der Master-Arbeit ist die Erklärung gemäß der Anlage 1 unterschrieben beizufügen.

## § 14

### **Annahme und Bewertung der Master-Arbeit**

- (1) <sup>1</sup>Die Master-Arbeit ist fristgemäß beim Zentrum für Studienangelegenheiten (ZfS) der Universität Dortmund in zwei gebundenen Ausfertigungen abzuliefern; bei Posteinlieferung gilt das Datum des Poststempels.<sup>2</sup>Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen.<sup>3</sup>Wird die Master-Arbeit nicht fristgemäß abgeliefert, gilt sie gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.
- (2) <sup>1</sup>Die Master-Arbeit ist von zwei Prüferinnen oder Prüfern zu begutachten und zu bewerten.<sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss kann aus zwingenden Gründen Ausnahmen zulassen; die Gründe sind aktenkundig zu machen.<sup>3</sup>Die erste Prüferin bzw. der erste Prüfer soll die Betreuerin bzw. der Betreuer sein.<sup>4</sup>Die zweite Prüferin oder den zweiten Prüfer bestimmt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.<sup>5</sup>Mindestens eine Prüferin oder ein Prüfer muss der Fakultät angehören.<sup>6</sup>Die Bewertung ist durch jede Prüferin bzw. jeden Prüfer einzeln und entsprechend § 15 Abs. 1 vorzunehmen sowie schriftlich zu begründen.
- (3) <sup>1</sup>Die Note der Master-Arbeit wird aus dem arithmetischen Mittel der einzelnen Bewertungen gebildet, sofern die Notendifferenz nicht mehr als 2,0 beträgt.<sup>2</sup>Beträgt die Notendifferenz mehr als 2,0 oder bewertet eine Prüferin oder ein Prüfer die Master-Arbeit mit „ausreichend“ (4,0) oder besser, die oder der andere mit „nicht ausreichend“ (5,0), so wird von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses eine dritte Prüferin oder ein dritter Prüfer zur Bewertung der Master-Arbeit bestimmt.<sup>3</sup>In diesem Fall wird die Note der Master-Arbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Noten gebildet.

<sup>4</sup>Die Master-Arbeit kann jedoch nur dann als „ausreichend“ (4,0) oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei Noten „ausreichend“ (4,0) oder besser sind. <sup>5</sup>Die Bewertung ist der Kandidatin oder dem Kandidaten spätestens drei Monate nach der Abgabe der Master-Arbeit mitzuteilen.

- (4) Unbeschadet von Absatz 2 Satz 2 bestellt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dann eine zweite Prüferin oder einen zweiten Prüfer, wenn die Master-Arbeit nicht mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet ist; Absatz 3 gilt entsprechend.
- (5) <sup>1</sup>Vor der endgültigen Festsetzung der Modulnote hat die Kandidatin oder der Kandidat die mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertete Master-Arbeit durch einen Vortrag gegenüber den Prüferinnen und Prüfern gemäß den Absätzen 2 bis 4 zu verteidigen. <sup>2</sup>§ 4 Abs. 7 bis 10 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Das Ergebnis des Vortrags geht zu einem Viertel in die Modulnote ein, sofern er mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet ist. <sup>4</sup>Ein nicht mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewerteter Vortrag kann einmal wiederholt werden. <sup>5</sup>Wird auch diese Vortragsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, ist das Modul mit „nicht ausreichend“ (5,0) zu bewerten und nicht bestanden.

## § 15

### **Bewertung der Prüfungsleistungen, Bildung der Noten und Bestehen der Master-Prüfung**

- (1) <sup>1</sup>Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern festgesetzt. <sup>2</sup>Für die Bewertung sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	=	eine hervorragende Leistung;
2 = gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

<sup>3</sup>Zur differenzierten Bewertung der einzelnen Klausurarbeiten können die Noten um 0,3 verringert oder erhöht werden; die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

- (2) <sup>1</sup>Wird die Prüfungsleistung durch eine Modulprüfung erbracht, so ist diese Note gleichzeitig die Modulnote. <sup>2</sup>Wird die Prüfungsleistung durch mehrere kumulative Teilleistungen erbracht, errechnet sich die Modulnote aus dem arithmetischen Mittel der mit den zugehörigen ECTS-Leistungspunkten gewichteten, nicht gerundeten Noten der einzelnen bestandenen Prüfungsleistungen. <sup>3</sup>Die Modulnote lautet in Worten:
- bei einem Durchschnitt bis 1,5 = sehr gut,
- bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5 = gut,
- bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5 = befriedigend,
- bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0 = ausreichend.
- (3) <sup>1</sup>Die Master-Prüfung ist bestanden, wenn alle neun Module bestanden sind. <sup>2</sup>Ein Modul ist bestanden, wenn entweder die Modulprüfung oder sämtliche Teilleistungen bestanden sind. <sup>3</sup>Die Master-Prüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn nicht alle Module bestanden sind und keine Wiederholungsmöglichkeiten mehr bestehen.
- (4) <sup>1</sup>Die Gesamtnote der Master-Prüfung errechnet sich aus dem gewogenen arithmetischen Mittel der nicht gerundeten Modulnoten, wobei sich das Gewicht der Module aus den Leistungspunkten gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 ergibt. <sup>2</sup>Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Anstelle der Gesamtnote „sehr gut“ wird das Gesamturteil „mit Auszeichnung bestanden“ erteilt, wenn die Master-Arbeit mit 1,0 bewertet und der Durchschnitt aller anderen nicht gerundeten Modulnoten der Master-Prüfung nicht schlechter als 1,25 ist.
- (5) Bei der Bildung der Modulnoten und der Gesamtnote wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(6) <sup>1</sup>Neben der Note nach Absatz 4 setzt der Prüfungsausschuss aus Gründen der Transparenz zugleich eine Note nach dem System des European Credit Transfer System (ECTS-Note) fest:

A = die besten 10 % der erfolgreichen Kandidaten und Kandidatinnen eines Jahrganges (eine im Vergleich hervorragende Leistung),

B = die nächsten 25 % der erfolgreichen Kandidaten und Kandidatinnen eines Jahrganges (eine im Vergleich überdurchschnittliche Leistung),

C = die nächsten 30 % der erfolgreichen Kandidaten und Kandidatinnen eines Jahrganges (eine im Vergleich durchschnittliche Leistung),

D = die nächsten 25 % der erfolgreichen Kandidaten und Kandidatinnen eines Jahrganges (eine im Vergleich unterdurchschnittliche Leistung),

E = die nächsten 10 % der erfolgreichen Kandidaten und Kandidatinnen eines Jahrganges (eine im Vergleich weit unterdurchschnittliche, aber noch ausreichende Leistung).

<sup>2</sup>Die Bildung der ECTS-Noten erfolgt durch einen Vergleich der von allen erfolgreichen Kandidatinnen und Kandidaten erzielten Ergebnisse der letzten drei Jahre.

## § 16

### Wiederholung der Master-Prüfung

(1) <sup>1</sup>Jede nicht mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertete Prüfungsleistung kann zweimal wiederholt werden. <sup>2</sup>Bei Nicht-Bestehen einer Teilleistung ist nur diese zu wiederholen. <sup>3</sup>Ein Wechsel zu anderen Teilleistungen anlässlich einer Wiederholung ist ausgeschlossen. <sup>4</sup>Die Master-Arbeit kann nur einmal und nur

mit neuer Themenstellung wiederholt werden. <sup>5</sup>Eine Rückgabe des Themas der Master-Arbeit gemäß § 13 Abs. 8 ist nur zulässig, wenn die Kandidatin oder der Kandidat bei der Anfertigung der ersten Master-Arbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hatte. <sup>6</sup>Die Wiederholung einer Prüfungsleistung muss innerhalb von drei Semestern erfolgen, ansonsten erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, die Kandidatin oder der Kandidat weist nach, dass sie oder er das Versäumnis nicht zu vertreten hat. <sup>7</sup>Fehlversuche an anderen Hochschulen sind anzurechnen.

- (2) Eine Wiederholung bestandener Prüfungsleistungen, auch der Master-Arbeit, ist nicht zulässig.

## § 17

### **Zeugnis, Bescheide und Bescheinigungen**

- (1) <sup>1</sup>Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Master-Prüfung bestanden, erhält sie oder er unverzüglich, spätestens vier Wochen nach der Bewertung der letzten Prüfungsleistung, über die Ergebnisse ein Zeugnis. <sup>2</sup>In das Zeugnis werden die Gesamtnote der Master-Prüfung gemäß § 15 Abs. 4 und § 15 Abs. 6, die Module einschließlich des Themas der Master-Arbeit und die Modulnoten aufgenommen. <sup>3</sup>Das Zeugnis enthält auch die Angabe, mit welchen Modulen 7,5 oder 15 oder 30 ECTS-Leistungspunkte erworben wurden. <sup>4</sup>Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten wird in das Zeugnis auch die bis zum Abschluss der Master-Prüfung benötigte Fachstudiendauer aufgenommen. <sup>5</sup>Das Zeugnis wird von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet. <sup>6</sup>Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht ist. <sup>7</sup>Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten wird das Zeugnis auch in englischer Sprache ausgestellt.
- (2) <sup>1</sup>Dem Zeugnis wird ein Diploma Supplement beigefügt. <sup>2</sup>Es beschreibt Art, Inhalt und Qualifikationsniveau des Studienganges sowie die erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen. <sup>3</sup>Es enthält zudem Informationen über die

Universität Dortmund und das deutsche Hochschulsystem. <sup>4</sup>Das Diploma Supplement wird in deutscher und englischer Sprache ausgestellt.

- (3) <sup>1</sup>Höchstens einmal pro Semester wird auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten auch vor Abschluss der Master-Prüfung eine Bescheinigung über die bereits erbrachten Prüfungsleistungen erstellt (Datenabschrift – Transcript of Records). <sup>2</sup>Sie enthält eine Aufstellung der erfolgreich absolvierten Module mit den jeweils erworbenen ECTS-Leistungspunkten und erbrachten Prüfungsleistungen sowie den Noten der Module und der einzelnen Prüfungsleistungen. <sup>3</sup>Auf begründeten Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten wird diese Bescheinigung auch in englischer Sprache ausgestellt.
- (4) <sup>1</sup>Ist die Master-Prüfung endgültig nicht bestanden oder gilt eine Prüfungsleistung als nicht bestanden, erteilt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der Kandidatin oder dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen Bescheid. <sup>2</sup>Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (5) <sup>1</sup>Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Master-Prüfung endgültig nicht bestanden, wird ihr bzw. ihm auf Antrag eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt. <sup>2</sup>Die Bescheinigung enthält eine Auflistung der an der Fakultät erfolgreich abgelegten Prüfungsleistungen und Module mit den jeweiligen ECTS-Leistungspunkten und Noten. <sup>3</sup>Aufgenommen wird der Zusatz, dass diese Bescheinigung nicht für die Vorlage an einer anderen Hochschule gilt.
- (6) Den Prüferinnen und Prüfern bleibt es unbenommen, weitere ihre jeweiligen Lehrveranstaltungen und Prüfungen betreffende Bescheinigungen auszustellen.

## § 18

### Master-Urkunde

- (1) <sup>1</sup>Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird der Kandidatin oder dem Kandidaten eine Master-Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. <sup>2</sup>Darin wird die Verleihung des Master-Grades gemäß § 2 beurkundet. <sup>3</sup>Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten wird die Urkunde auch in englischer Sprache ausgestellt.
- (2) Die Master-Urkunde wird von der Dekanin oder von dem Dekan der Fakultät und von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Fakultät versehen.

## III. Schlussbestimmungen

## § 19

### Ungültigkeit der Master-Prüfung

- (1) Hat die Kandidatin oder der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht wurde, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) <sup>1</sup>Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin oder der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. <sup>2</sup>Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der



Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

- (3) Vor einer Entscheidung ist der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (4) <sup>1</sup>Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. <sup>2</sup>Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

## § 20

### **Einsicht in die Prüfungsakten**

- (1) <sup>1</sup>Nach Bekanntgabe der Klausurergebnisse wird eine Einsicht in die jeweilige Klausurarbeit gewährt. <sup>2</sup>Zeit und Ort der Einsichtnahme werden von den Prüferinnen und Prüfern festgelegt und den Studierenden spätestens mit der Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse durch Aushang bekannt gegeben.
- (2) Nach Abschluss der Master-Prüfung wird der Kandidatin oder dem Kandidaten auf Antrag Einsicht in ihre oder seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüferinnen und Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt.
- (3) <sup>1</sup>Der Antrag ist binnen eines Monats nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. <sup>2</sup>Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

## § 21

### **Aberkennung des Master-Grades**

<sup>1</sup>Der Master-Grad kann aberkannt werden, wenn sich nachträglich herausstellt, dass er durch Täuschung erworben ist oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrtümlich als gegeben angesehen worden sind. <sup>2</sup>Über die Aberkennung entscheidet der Fakultätsrat.

## § 22

### **In-Kraft-Treten und Veröffentlichung**

(1) <sup>1</sup>Diese Prüfungsordnung tritt am 1. Oktober 2008 in Kraft. <sup>2</sup>Sie findet auf alle Studierenden Anwendung, die ab Wintersemester 2008/2009 für den Master-Studiengang Wirtschaftswissenschaften an der Universität Dortmund eingeschrieben worden sind.

(2) Die Prüfungsordnung wird in den Amtlichen Mitteilungen der Universität Dortmund veröffentlicht.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Fakultätsrats der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät vom 27. September 2007 sowie des Rektorats der Universität Dortmund vom 5. September 2007.

Dortmund, den 11.10.2007

Der Rektor

Universitätsprofessor

Dr. Eberhard Becker

**Bachelor-Prüfungsordnung**  
für den Bachelor-Studiengang Wirtschaftswissenschaften  
an der Universität Dortmund  
vom 11.10.2007

Aufgrund des §2 Abs.4 und des § 64 Abs.1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) vom 31. Oktober 2006 (GV. NRW S. 474) hat die Universität Dortmund die folgende Bachelor-Prüfungsordnung als Satzung erlassen:

**Inhaltsübersicht**

**I. Allgemeines**

- § 1 Zweck der Prüfung und Ziel des Studiums, Zugangsvoraussetzung
- § 2 Bachelor-Grad
- § 3 Regelstudienzeit und Studiumumfang
- § 4 Prüfungsleistungen
- § 5 Prüfungen und Prüfungsfristen
- § 6 Prüfungsausschuss
- § 7 Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer
- § 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, Einstufung in höhere Fachsemester
- § 9 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

## **II. Bachelor-Prüfung**

- § 10 Zulassung
- § 11 Zulassungsverfahren
- § 12 Umfang und Art der Bachelor-Prüfung
- § 13 Bachelor-Arbeit
- § 14 Annahme und Bewertung der Bachelor-Arbeit
- § 15 Bewertung der Prüfungsleistungen, Bildung der Noten und Bestehen der Bachelor-Prüfung
- § 16 Wiederholung der Bachelor-Prüfung
- § 17 Zeugnis, Bescheide und Bescheinigungen
- § 18 Bachelor-Urkunde

## **III. Schlussbestimmungen**

- § 19 Ungültigkeit der Bachelor-Prüfung
- § 20 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 21 Aberkennung des Bachelor-Grades
- § 22 In-Kraft-Treten und Veröffentlichung

## I. Allgemeines

### § 1

#### **Zweck der Prüfung und Ziel des Studiums, Zugangsvoraussetzung**

- (1) <sup>1</sup>Die Bachelor-Prüfung bildet den ersten berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums im Bachelor-Studiengang Wirtschaftswissenschaften an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Dortmund. <sup>2</sup>Durch die Bachelor-Prüfung soll festgestellt werden, ob die Kandidatinnen und Kandidaten die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben haben, die Zusammenhänge ihres Faches überblicken und die Fähigkeit besitzen, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse selbstständig anzuwenden.
- (2) <sup>1</sup>Das Bachelor-Studium soll auf ein wirtschaftswissenschaftliches oder hiermit verwandtes Master-Studium vorbereiten. <sup>2</sup>Das Studium soll den Kandidatinnen und Kandidaten unter Berücksichtigung der Anforderungen und Veränderungen in der Berufswelt die erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden so vermitteln, dass sie zu wissenschaftlicher Arbeit, zur kritischen Einordnung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und zu verantwortlichem Handeln befähigt werden.
- (3) <sup>1</sup>Aufbauend auf einem breiten Grundlagenwissen in den Bereichen der Betriebswirtschaftslehre, der Soziologie und der Volkswirtschaftslehre erfolgt im zweiten Studienabschnitt eine schwerpunktbezogene Vertiefung, um eine Orientierung auf die angestrebten beruflichen Tätigkeitsfelder zu ermöglichen. <sup>2</sup>Das Studium soll auf diese Weise die Eingangsmöglichkeit insbesondere für Berufsfelder in Industrie, Handwerk und Handel, bei Banken, Versicherungen und anderen Dienstleistungsunternehmen, in Forschungsinstituten, Verbänden und in der öffentlichen Wirtschaft schaffen. <sup>3</sup>Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Einstieg in den Beruf häufig zusätzlich über Ausbildungsprogramme einzel-

ner Wirtschaftszweige oder Unternehmen erfolgt. <sup>4</sup>Angestrebt wird somit nicht Berufsfertigkeit in dem Sinne, dass eine unmittelbare Einsatzfähigkeit in spezifischen betrieblichen Positionen vorliegt, sondern Berufsfähigkeit in dem Sinne, dass nach einer Zeit der Einarbeitung in der Wirtschaftspraxis komplexe und vielfältige Aufgabenstellungen zu bewältigen und dabei auch die wirtschaftlichen und sonstigen Umweltgegebenheiten mit ihren vielfältigen Veränderungen zu berücksichtigen sind.

- (4) Zugangsvoraussetzung für das Bachelor-Studium ist das Vorliegen der Hochschulzugangsberechtigung oder einer sonstigen Qualifikation im Sinne des § 49 HG.
- (5) <sup>1</sup>Für das Studium sind über das durchschnittliche Schulniveau hinausgehende Kenntnisse der englischen Sprache erforderlich, da die englische Sprache Kommunikationsmittel in der Fachliteratur, auf Kongressen und bei der Pflege internationaler Kontakte ist. <sup>2</sup>Darüber hinaus sind gute mathematische Kenntnisse für ein erfolgreiches Studium unerlässlich. <sup>3</sup>Hilfreich sind Fähigkeiten auf dem Gebiet der Elektronischen Datenverarbeitung. <sup>4</sup>Die Teilnahme an den von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät angebotenen Mathematik- und EDV-Vorkursen vor Beginn des Studiums wird daher dringend empfohlen.
- (6) Das Studium kann nur im Wintersemester aufgenommen werden.

## § 2

### Bachelor-Grad

Aufgrund der bestandenen Bachelor-Prüfung verleiht die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Dortmund (Fakultät) den akademischen Grad „Bachelor of Science“ („B.Sc.“) und zwar unabhängig von der gewählten Studienrichtung.

### § 3

#### Regelstudienzeit und Studienumfang

- (1) <sup>1</sup>Das Studium ist auf der Basis eines Leistungspunktesystems aufgebaut, das mit dem European Credit Transfer System (ECTS) kompatibel ist. <sup>2</sup>Die Regelstudienzeit beträgt einschließlich der Anfertigung der Bachelor-Arbeit sechs Semester.
  
- (2) <sup>1</sup>Der Studienumfang im Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlbereich beträgt pro Semester 900 studentische Arbeitsstunden, die 30 ECTS-Leistungspunkten entsprechen. <sup>2</sup>Insgesamt umfasst das Studium 5.400 studentische Arbeitsstunden, die 180 ECTS-Leistungspunkten entsprechen. <sup>3</sup>Die Studieninhalte sind so auszuwählen und zu begrenzen, und das Prüfungsverfahren ist so zu regeln, dass das Studium in der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann. <sup>4</sup>Dabei ist zu gewährleisten, dass die Studierenden im Rahmen dieser Prüfungsordnung nach eigener Wahl Schwerpunkte setzen können und Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen in einem ausgeglichenen Verhältnis zur selbstständigen Vorbereitung und Vertiefung des Stoffes und zur Teilnahme an zusätzlichen Lehrveranstaltungen, auch in anderen Studiengängen, stehen. <sup>5</sup>Im Wahlpflicht- und im Wahlbereich können die Lehrveranstaltungen auch in englischer Sprache angeboten werden.
  
- (3) <sup>1</sup>Das Studium gliedert sich in zwölf gleichwertige Module, die sich jeweils über höchstens zwei Semester erstrecken. <sup>2</sup>Die Module umfassen inhaltlich zusammenhängende Lehrveranstaltungen im Umfang von insgesamt etwa acht Semesterwochenstunden. <sup>3</sup>Die ECTS-Leistungspunkte werden auf der Grundlage erfolgreich absolvierter Modulprüfungen oder Teilleistungen vergeben. <sup>4</sup>Mit der Modulprüfung oder den für ein Modul vorgesehen Teilleistungen wird das Erreichen der für das Modul beschriebenen Lernziele überprüft. <sup>5</sup>In den Modulen, für

die eine Modulprüfung vorgesehen ist, werden die für das Modul vorgesehenen ECTS-Leistungspunkte auf der Grundlage der erfolgreich absolvierten Modulprüfung vergeben. <sup>6</sup>In den Modulen, für die Teilleistungen vorgesehen sind, werden die für das Modul vorgesehenen ECTS-Leistungspunkte vergeben, wenn alle für das Modul vorgesehenen Teilleistungen erfolgreich absolviert sind.

## § 4

### Prüfungsleistungen

- (1) <sup>1</sup>Prüfungsleistungen werden in der Regel in Form von Klausurarbeiten oder Referaten (Vorträgen auf der Basis schriftlicher Ausarbeitungen) oder Hausarbeiten oder mündlichen Prüfungen und der Bachelor-Arbeit erbracht. <sup>2</sup>Sämtliche Prüfungsleistungen werden studienbegleitend abgelegt. <sup>3</sup>Die jeweils für den Erwerb von ECTS-Leistungspunkten notwendigen Prüfungsleistungen sollen im direkten Anschluss an das entsprechende Modul (Modulprüfung) oder an die entsprechenden Lehrveranstaltungen (Teilleistungen) erbracht werden. <sup>4</sup>Gegenstand der Prüfungsleistungen sind die Inhalte der den Modulen oder Teilen von Modulen zugeordneten Lehrveranstaltungen.
- (2) In den Klausurarbeiten sollen die Kandidatinnen und Kandidaten nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln ein Problem mit den geläufigen Methoden ihres Faches erkennen und lösen können.
- (3) Eine Klausurarbeit dauert 60 Minuten oder 90 Minuten.
- (4) <sup>1</sup>Die Klausurarbeiten werden unter Aufsicht durchgeführt und sind nicht öffentlich. <sup>2</sup>Die jeweils zugelassenen Hilfsmittel werden von den Prüferinnen und Prüfern mindestens zwei Wochen vor dem jeweiligen Klausurtermin durch Aushang bekanntgegeben.



- (5) <sup>1</sup>Jede Klausurarbeit ist von mindestens zwei Prüferinnen oder Prüfern gemäß § 15 Abs. 1 zu bewerten. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss kann aus zwingenden Gründen Ausnahmen zulassen; die Gründe sind aktenkundig zu machen. <sup>3</sup>Die Note der Klausurarbeit ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen. <sup>4</sup>Die Bewertung der Klausurarbeit wird den Kandidatinnen und Kandidaten spätestens zwei Monate nach dem Klausurtermin durch Aushang mitgeteilt, wobei die Anforderungen des Datenschutzes zu beachten sind. <sup>5</sup>Der Prüfungsausschuss legt den Zeitraum fest, in dem die Prüferinnen und Prüfer den Kandidatinnen und Kandidaten Einsicht in ihre Klausurarbeiten zu gewähren haben.
- (6) <sup>1</sup>In den mündlichen Prüfungen sollen die Kandidatinnen und Kandidaten nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen. <sup>2</sup>Durch die mündlichen Prüfungen soll ferner festgestellt werden, ob die Kandidatinnen und Kandidaten über breites Grundlagenwissen verfügen.
- (7) <sup>1</sup>Mündliche Prüfungen werden vor mehreren Prüferinnen oder Prüfern oder einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers (§ 7 Abs. 1 Satz 5) als Gruppenprüfungen oder als Einzelprüfungen abgelegt. <sup>2</sup>In Gruppenprüfungen werden jeweils nicht mehr als vier Kandidatinnen bzw. Kandidaten gemeinsam zugelassen. <sup>3</sup>Vor der Festsetzung der Note gemäß § 15 Abs. 1 hat die Prüferin oder der Prüfer die Beisitzerin oder den Beisitzer zu hören.
- (8) Die mündliche Prüfung dauert je Kandidatin oder je Kandidat mindestens 15 Minuten und höchstens 30 Minuten.
- (9) <sup>1</sup>Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfungen sind für jede Kandidatin oder jeden Kandidaten in einem Protokoll festzuhalten, das die Beisitzerin oder der Beisitzer führt. <sup>2</sup>Das Ergebnis der einzelnen Prüfung ist der Kandidatin oder dem Kandidaten im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

- (10) <sup>1</sup>Studierende, die in einem späteren Prüfungszeitraum die gleiche mündliche Prüfungsleistung erbringen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörerinnen bzw. Zuhörer zugelassen, es sei denn, die Kandidatin oder der Kandidat widerspricht. <sup>2</sup>Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

## § 5

### Prüfungen und Prüfungsfristen

- (1) <sup>1</sup>Die Bachelor-Prüfung wird durch Erwerb von ECTS-Leistungspunkten in studienbegleitenden Prüfungen gemäß § 12 erbracht. <sup>2</sup>Die Anmeldung zur Bachelor-Prüfung ist zu richten an den Prüfungsausschuss durch Einreichen des schriftlichen Antrags auf Zulassung zu den Prüfungen gemäß § 10. <sup>3</sup>Sofern die technischen Voraussetzungen erfüllt sind, tritt an die Stelle des schriftlichen Antragsverfahrens ein elektronisches Antragsverfahren. <sup>4</sup>Die Anmeldung zur Bachelor-Prüfung erfolgt mit der Anmeldung zur ersten Prüfungsleistung. <sup>5</sup>Zu jeder Prüfungsleistung ist eine Anmeldung bis spätestens zwei Wochen vor dem jeweiligen Prüfungstermin erforderlich. <sup>6</sup>Die erstmalige Anmeldung zu den Prüfungsleistungen soll spätestens zum Ende des jeweils in § 12 Abs. 2 und 3 vorgesehenen Semesters erfolgen. <sup>7</sup>Erfolgt sie nicht innerhalb der nächsten drei Semester, erlischt der Prüfungsanspruch, es denn, die Kandidatin oder der Kandidat weist nach, dass sie oder er das Versäumnis nicht zu vertreten hat.
- (2) Nach einer Anmeldung zu einer Prüfungsleistung kann sich die Kandidatin oder der Kandidat nicht wieder von dieser abmelden.
- (3) <sup>1</sup>Machen Studierende durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung oder chronischer Erkrankung nicht in der Lage sind, eine Prüfungsleistung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder Frist abzulegen, so hat die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses zu gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in ei-

ner anderen Form oder Frist zu erbringen. <sup>2</sup>Bei Zweifeln soll die zuständige Person oder Stelle für Fragen zu Belangen behinderter Studierender beteiligt werden.

- (4) <sup>1</sup>Das Prüfungsverfahren muss die gesetzlichen Mutterschutzfristen und die Fristen des Erziehungsurlaubs berücksichtigen. <sup>2</sup>Studierende, die die Fristen des Erziehungsurlaubs in Anspruch nehmen wollen, müssen dies gegenüber dem Prüfungsausschuss schriftlich erklären. <sup>3</sup>Diese Erklärung muss eine Auskunft gemäß § 16 Abs. 1 Bundeserziehungsgeldgesetz darüber beinhalten, für welchen Zeitraum oder für welche Zeiträume sie die Fristen in Anspruch nehmen wollen. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss prüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

## § 6

### Prüfungsausschuss

- (1) <sup>1</sup>Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet der Fakultätsrat einen Prüfungsausschuss. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss besteht aus der oder dem Vorsitzenden, deren bzw. dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter und fünf weiteren Mitgliedern. <sup>3</sup>Vier Mitglieder werden aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, ein Mitglied wird aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und zwei Mitglieder werden aus der Gruppe der Studierenden des Bachelor-Studienganges Wirtschaftswissenschaften gewählt. <sup>4</sup>Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses Vertreterinnen oder Vertreter gewählt. <sup>5</sup>Die Mitglieder des Prüfungsausschusses wählen in der ersten Sitzung einer jeden Amtszeit aus dem Kreis der im Prüfungsausschuss vertretenen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die oder den Vorsitzenden sowie die oder den stellvertretenden Vorsitzenden. <sup>6</sup>Die Amtszeit der Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt drei Jahre, die

Amtszeit der studentischen Mitglieder ein Jahr. <sup>7</sup>Wiederwahl ist zulässig. <sup>8</sup>Die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses ist bekannt zu geben.

- (2) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung von Prüfungen. <sup>2</sup>Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. <sup>3</sup>Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss dem Fakultätsrat regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten zu berichten. <sup>4</sup>Er gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung und der Studienpläne. <sup>5</sup>Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf die Vorsitzende oder den Vorsitzenden übertragen; dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche und den Bericht an die Fakultät.
- (3) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden und zwei weiteren Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. <sup>2</sup>Er beschließt mit einfacher Mehrheit. <sup>3</sup>Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. <sup>4</sup>Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Beurteilung, Anerkennung oder Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen, der Festlegung von Prüfungsaufgaben und der Bestellung von Prüferinnen und Prüfern sowie Beisitzerinnen und Beisitzern, nicht mit.
- (4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen.
- (5) <sup>1</sup>Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. <sup>2</sup>Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. <sup>3</sup>Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch

die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

- (6) Die laufenden Geschäfte des Prüfungsausschusses übernimmt das Zentrum für Studienangelegenheiten (ZfS) der Universität Dortmund.

## § 7

### Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer

- (1) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer. <sup>2</sup>Er kann die Bestellung der oder dem Vorsitzenden übertragen. <sup>3</sup>Zur Prüferin oder zum Prüfer dürfen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie weitere prüfungsrechtliche Personen im Sinne des § 65 Abs. 1 HG bestellt werden. <sup>4</sup>Zur Prüferin oder zum Prüfer darf nur bestellt werden, wer die entsprechende Bachelor-, Master- oder Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung im entsprechenden Fachgebiet abgelegt hat. <sup>5</sup>Als Beisitzerin oder als Beisitzer, die von der zuständigen Prüferin oder dem zuständigen Prüfer benannt werden, darf an der Prüfung nur mitwirken, wer die entsprechende Bachelor-, Master- oder Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung im entsprechenden Fachgebiet abgelegt hat.
- (2) Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.
- (3) <sup>1</sup>Die Kandidatinnen und Kandidaten können für die Bachelor-Arbeit Prüferinnen und Prüfer vorschlagen. <sup>2</sup>Auf die Vorschläge der Kandidatinnen und Kandidaten soll nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. <sup>3</sup>Die Vorschläge begründen jedoch keinen Anspruch.
- (4) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass der Kandidatin oder dem Kandidaten durch Aushang die Namen der Prüferinnen und Prüfer rechtzeitig, mindestens zwei Wochen vor dem Termin der jeweiligen Prüfung, bekannt gegeben werden.

## § 8

### **Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, Einstufung in höhere Fachsemester**

- (1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in demselben Studiengang an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt.
  
- (2) <sup>1</sup>Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen oder an anderen als Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt wird. <sup>2</sup>Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erbracht wurden, werden auf Antrag angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt wird. <sup>3</sup>Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an der Universität Dortmund im Wesentlichen entsprechen. <sup>4</sup>Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbeurteilung und Gesamtbewertung vorzunehmen. <sup>5</sup>Für die Gleichwertigkeit von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen an ausländischen Hochschulen sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. <sup>6</sup>Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. <sup>7</sup>Im Rahmen des European Credit Transfer System erworbene Leistungspunkte werden angerechnet, wenn vor Abreise der Kandidatin oder des Kandidaten in das Ausland Art und Umfang der Anrechnung schriftlich zwischen der Kandidatin oder dem Kandidaten, einer oder einem Beauftragten des Prüfungsausschusses und einer Vertreterin oder einem Vertreter des Lehrkörpers der ausländischen Partnerhochschule festgelegt worden sind.

<sup>8</sup>Auf eine solche Vereinbarung kann verzichtet werden, wenn der Austausch im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung erfolgt.

- (3) Für die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien oder in vom Land Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund entwickelten Fernstudieneinheiten gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.
- (4) Einschlägige berufspraktische Tätigkeiten können vom Prüfungsausschuss anerkannt werden.
- (5) <sup>1</sup>Studienbewerberinnen und Studienbewerbern, die aufgrund einer Einstufungsprüfung gemäß § 49 Abs. 11 HG berechtigt sind, das Studium in einem höheren Fachsemester aufzunehmen, werden die in der Einstufungsprüfung nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten auf Studienleistungen und Prüfungsleistungen der Bachelor-Prüfung angerechnet. <sup>2</sup>Die Feststellungen im Zeugnis über die Einstufungsprüfung sind für den Prüfungsausschuss bindend.
- (6) <sup>1</sup>Zuständig für die Anrechnungen nach den Absätzen 1 bis 5 ist der Prüfungsausschuss. <sup>2</sup>Vor Feststellungen über die Gleichwertigkeit sind zuständige Fachvertreterinnen und Fachvertreter zu hören.
- (7) <sup>1</sup>Werden Studienleistungen und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. <sup>2</sup>Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. <sup>3</sup>Die Anrechnung wird im Zeugnis gekennzeichnet.
- (8) <sup>1</sup>Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 5 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. <sup>2</sup>Die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes erbracht



wurden, erfolgt von Amts wegen. <sup>3</sup>Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen. <sup>4</sup>Aufgrund von Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die nach den Absätzen 1 bis 5 anzurechnen sind, können insgesamt höchstens die Hälfte der erforderlichen ECTS-Leistungspunkte erworben werden.

## § 9

### **Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß**

- (1) <sup>1</sup>Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die Kandidatin oder der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn sie oder er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. <sup>2</sup>Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.
- (2) <sup>1</sup>Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. <sup>2</sup>Bei Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten wird die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt, aus dem sich die Befundtatsachen ergeben, die in allgemeinverständlicher Form die Prüfungsunfähigkeit belegen. <sup>3</sup>Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe nicht an, wird dies der Kandidatin oder dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt.
- (3) <sup>1</sup>Versucht die Kandidatin oder der Kandidat, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung, z. B. Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; die Feststellung wird von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder den Aufsichtführenden getroffen und aktenkundig gemacht. <sup>2</sup>Eine Kandidatin oder ein Kandidat, die bzw. der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder den Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der

Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. <sup>3</sup>Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. <sup>4</sup>In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Kandidatin oder den Kandidaten von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

- (4) <sup>1</sup>Die Kandidatin oder der Kandidat kann innerhalb einer Frist von 14 Tagen verlangen, dass Entscheidungen nach Absatz 3 Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. <sup>2</sup>Belastende Entscheidungen sind der Kandidatin oder dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. <sup>3</sup>Vor der Entscheidung ist der Kandidatin oder dem Kandidaten Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.
- (5) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss kann von Kandidatinnen und Kandidaten bei Prüfungen eine schriftliche Erklärung verlangen, dass sie oder er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit einen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie wörtliche und sinngemäße Zitate kenntlich gemacht hat. <sup>2</sup>§ 13 Abs. 10 bleibt unberührt.

## **II. Bachelor-Prüfung**

### **§ 10**

#### **Zulassung**

- (1) Zur Bachelor-Prüfung kann nur zugelassen werden, wer an der Universität Dortmund für den Bachelor-Studiengang Wirtschaftswissenschaften eingeschrieben oder gemäß § 52 Abs. 2 HG als Zweithörerin oder Zweithörer zugelassen ist.

- (2) <sup>1</sup>Die Anmeldung zur Bachelor-Prüfung (§ 5 Abs. 1 Satz 4) soll im ersten Fachsemester erfolgen. <sup>2</sup>Dem Antrag ist eine Erklärung darüber beizufügen, ob die Kandidatin oder der Kandidat bereits eine Bachelor-Prüfung, eine Diplom-Vorprüfung oder eine Diplomprüfung im Studiengang Wirtschaftswissenschaften oder in einem verwandten Studiengang (z. B. Wirtschaftsinformatik, Wirtschaftsingenieurwesen oder Wirtschaftsmathematik) nicht oder endgültig nicht bestanden hat oder ob sie bzw. er sich in einem anderen Prüfungsverfahren befindet.

## § 11

### Zulassungsverfahren

- (1) <sup>1</sup>Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss oder gemäß § 6 Abs. 2 Satz 5 dessen Vorsitzende oder dessen Vorsitzender. <sup>2</sup>Die Entscheidung über den Zulassungsantrag wird der Kandidatin oder dem Kandidaten durch Aushang, im Falle der Ablehnung schriftlich mit Begründung mitgeteilt.
- (2) Die Zulassung ist abzulehnen, wenn
1. die in § 10 Abs. 1 genannte Voraussetzung nicht erfüllt ist oder
  2. die Kandidatin oder der Kandidat die Bachelor-Prüfung, die Diplom-Vorprüfung oder die Diplomprüfung im Studiengang Wirtschaftswissenschaften oder in einem verwandten Studiengang (§ 10 Abs. 2 Satz 2) endgültig nicht bestanden hat (im Falle verwandter Studiengänge entscheidet über Ausnahmen der Prüfungsausschuss) oder
  3. nach abgelegter Prüfung in einem der in Nummer 2 genannten Studiengänge aufgrund einer anschließenden Anfechtung des Prüfungsbescheides eine bestands- und rechtskräftige Entscheidung über das endgültige Nichtbestehen noch nicht vorliegt oder
  4. die Kandidatin oder der Kandidat sich bereits in einem anderen Prüfungsverfahren im gleichen Studiengang an einer anderen Hochschule befindet.

## § 12

### Umfang und Art der Bachelor-Prüfung

- (1) <sup>1</sup>Die Bachelor-Prüfung beinhaltet den Erwerb von insgesamt 180 ECTS-Leistungspunkten und erstreckt sich auf zwölf Module, deren vollständiger und erfolgreicher Abschluss jeweils 15 ECTS-Leistungspunkte erbringt. <sup>2</sup>Die ECTS-Leistungspunkte können nur einmal erworben und nur für ein Modul angerechnet werden. <sup>3</sup>Die Festlegung der Studienrichtung erfolgt unwiderruflich mit der ersten Anmeldung zu einer Prüfungsleistung der Module 8 bis 12. <sup>4</sup>Die Prüfungsleistungen eines Moduls werden entweder durch eine Modulprüfung oder durch mehrere kumulative Teilleistungen erbracht. <sup>5</sup>Art und Umfang aller zu erbringenden Prüfungsleistungen sind in den einzelnen Modulbeschreibungen festgelegt; sollte dies nicht eindeutig sein, geben die jeweiligen Prüferinnen und Prüfer bis spätestens zum Beginn eines jeden Semesters verbindlich bekannt, in welcher Art und in welchem Umfang die Prüfungsleistungen zu erbringen sind.
- (2) <sup>1</sup>Die Module bestehen aus Lehrveranstaltungen mit unterschiedlichem Gewicht. <sup>2</sup>Die Prüfungsleistungen erstrecken sich einheitlich in der betriebswirtschaftlichen, in der betriebswirtschaftlich-soziologischen, in der betriebswirtschaftlich-volkswirtschaftlichen, in der soziologischen und in der volkswirtschaftlichen Studienrichtung auf die folgenden sieben Module, die nach zwei Studienjahren abgeschlossen sein sollen (Prüfungsformen in Klammern):

1. Modul 1 im ersten Semester: Methodische Grundlagen (Teilleistungen)  
bestehend aus den drei Lehrveranstaltungen Mathematik, Statistik, Buchführung,
2. Modul 2 im ersten und zweiten Semester: Markt und Absatz (Teilleistungen)  
bestehend aus den vier Lehrveranstaltungen Marketing, Konsumsoziologie, Markt und Wettbewerb, Präsentationstechnik,
3. Modul 3 im ersten und zweiten Semester: Produktion und Arbeit (Teilleistungen)  
bestehend aus den drei Lehrveranstaltungen Planung und Projektmanagement, Produktionswirtschaft, Industriesoziologie,
4. Modul 4 im zweiten und dritten Semester: Rechnungswesen und Finanzen (Teilleistungen)  
bestehend aus den vier Lehrveranstaltungen Kostenrechnung und Controlling, Bilanzierung, Finanzmathematik, Investition und Finanzierung,
5. Modul 5 im zweiten und dritten Semester: Wirtschaftstheorie (Teilleistungen)  
bestehend aus den zwei Lehrveranstaltungen Mikroökonomie, Makroökonomie,
6. Modul 6 im dritten und vierten Semester: Führung und Organisation (Teilleistungen)  
bestehend aus den vier Lehrveranstaltungen Management, Organisationssoziologie, Organisationspsychologie, Test of English as a Foreign Language,
7. Modul 7 im dritten und vierten Semester: Information und Datenanalyse (Teilleistungen)  
bestehend aus den drei Lehrveranstaltungen Informationsmanagement, DV-gestützte Methoden, Empirische Wirtschaftsforschung.

<sup>3</sup>Die ECTS-Leistungspunkte der einzelnen Lehrveranstaltungen ergeben sich aus den Modulbeschreibungen. <sup>4</sup>Der Test of English as a Foreign Language (TOEFL) kann außerhalb der Universität abgelegt werden; der Nachweis über

das Erreichen von mindestens 520 aus 677 Punkten im Paper-Based TOEFL oder mindestens 190 aus 300 Punkten im Computer-Based TOEFL oder mindestens 68 von 120 Punkten im Internet-Based TOEFL soll bis zum Ende des vierten Fachsemesters vorgelegt werden. <sup>5</sup>Über die Anerkennung anderer Englisch-Zertifikate (z.B. Cambridge First Certificate) anstelle des TOEFL entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) <sup>1</sup>Die Prüfungsleistungen erstrecken sich in der betriebswirtschaftlichen Studienrichtung zusätzlich auf die folgenden fünf Module, die nach drei Studienjahren abgeschlossen sein sollen (Prüfungsformen in Klammern):

1. Modul 8 im vierten und fünften Semester: BWL-Schwerpunkt I (Teilleistungen)  
bestehend aus zwei zugehörigen Lehrveranstaltungen,
2. Modul 9 im vierten und fünften Semester: BWL-Schwerpunkt II (Teilleistungen)  
bestehend aus zwei zugehörigen Lehrveranstaltungen,
3. Modul 10 im fünften und sechsten Semester: Komplement (Teilleistungen)  
bestehend aus der Lehrveranstaltung Privatrecht und wahlweise einer soziologischen oder volkswirtschaftlichen Lehrveranstaltung,
4. Modul 11 im fünften und sechsten Semester: Wissenstransfer (Teilleistungen)  
bestehend aus den vier Lehrveranstaltungen Wissenschaftliches Arbeiten, Betriebswirtschaftliches Seminar, Moderation und Beratung, Betriebswirtschaftliches Projektseminar,
5. Modul 12 im sechsten Semester: Bachelor-Arbeit (Teilleistungen)  
mit einem betriebswirtschaftlichen Thema einschließlich Vortrag.

<sup>2</sup>Die Prüfungsleistungen erstrecken sich in der betriebswirtschaftlich-soziologischen Studienrichtung zusätzlich auf die folgenden fünf Module, die nach drei Studienjahren abgeschlossen sein sollen (Prüfungsformen in Klammern):

1. Modul 8 im vierten und fünften Semester: BWL-Schwerpunkt (Teilleistungen)  
bestehend aus zwei zugehörigen Lehrveranstaltungen,
2. Modul 9 im vierten und fünften Semester: Soziologie-Schwerpunkt (Teilleistungen)  
bestehend aus zwei zugehörigen Lehrveranstaltungen,
3. Modul 10 im fünften und sechsten Semester: Komplement (Teilleistungen)  
bestehend aus der Lehrveranstaltung Privatrecht und wahlweise einer betriebswirtschaftlichen, soziologischen oder volkswirtschaftlichen Lehrveranstaltung,
4. Modul 11 im fünften und sechsten Semester: Wissenstransfer (Teilleistungen)  
bestehend aus den vier Lehrveranstaltungen Wissenschaftliches Arbeiten, Betriebswirtschaftliches oder soziologisches Seminar, Moderation und Beratung, Betriebswirtschaftliches oder soziologisches Projektseminar,
5. Modul 12 im sechsten Semester: Bachelor-Arbeit (Teilleistungen)  
mit einem betriebswirtschaftlichen oder soziologischen Thema einschließlich Vortrag.

<sup>3</sup>Die Prüfungsleistungen erstrecken sich in der betriebswirtschaftlich-volkswirtschaftlichen Studienrichtung zusätzlich auf die folgenden fünf Module, die nach drei Studienjahren abgeschlossen sein sollen (Prüfungsformen in Klammern):

1. Modul 8 im vierten und fünften Semester: BWL-Schwerpunkt (Teilleistungen)  
bestehend aus zwei zugehörigen Lehrveranstaltungen,
2. Modul 9 im vierten und fünften Semester: VWL-Schwerpunkt (Teilleistungen)  
bestehend aus zwei zugehörigen Lehrveranstaltungen,
3. Modul 10 im fünften und sechsten Semester: Komplement (Teilleistungen)  
bestehend aus wahlweise der Lehrveranstaltung Privatrecht oder der Lehrveranstaltung Quantitative Methoden und wahlweise einer betriebswirtschaftlichen, soziologischen oder volkswirtschaftlichen Lehrveranstaltung,
4. Modul 11 im fünften und sechsten Semester: Wissenstransfer (Teilleistungen)  
bestehend aus den vier Lehrveranstaltungen Wissenschaftliches Arbeiten, Betriebswirtschaftliches oder volkswirtschaftliches Seminar, Moderation und Beratung, Betriebswirtschaftliches oder volkswirtschaftliches Projektseminar,
5. Modul 12 im sechsten Semester: Bachelor-Arbeit (Teilleistungen)  
mit einem betriebswirtschaftlichen oder volkswirtschaftlichen Thema einschließlich Vortrag.  
mit einem soziologischen Thema einschließlich Vortrag.



<sup>4</sup>Die Prüfungsleistungen erstrecken sich in der volkswirtschaftlichen Studienrichtung zusätzlich auf die folgenden fünf Module, die nach drei Studienjahren abgeschlossen sein sollen (Prüfungsformen in Klammern):

1. Modul 8 im vierten und fünften Semester: VWL-Schwerpunkt I (Teilleistungen)  
bestehend aus zwei zugehörigen Lehrveranstaltungen,
2. Modul 9 im vierten und fünften Semester: VWL-Schwerpunkt II (Teilleistungen)  
bestehend aus zwei zugehörigen Lehrveranstaltungen,
3. Modul 10 im fünften und sechsten Semester: Komplement (Teilleistungen)  
bestehend aus wahlweise der Lehrveranstaltung Privatrecht oder der Lehrveranstaltung Quantitative Methoden und wahlweise einer betriebswirtschaftlichen oder soziologischen Lehrveranstaltung,
4. Modul 11 im fünften und sechsten Semester: Wissenstransfer (Teilleistungen)  
bestehend aus den vier Lehrveranstaltungen Wissenschaftliches Arbeiten, Volkswirtschaftliches Seminar, Moderation und Beratung, Volkswirtschaftliches Projektseminar,
5. Modul 12 im sechsten Semester: Bachelor-Arbeit (Teilleistungen)  
mit einem volkswirtschaftlichen Thema einschließlich Vortrag.

<sup>5</sup>Die ECTS-Leistungspunkte der einzelnen Lehrveranstaltungen ergeben sich aus den Modulbeschreibungen. <sup>6</sup>Für das Modul 12 gelten jeweils die Regelungen der §§ 13 und 14.

- (4) Als BWL-Schwerpunkte können gewählt werden:
1. Innovations- und Gründungsmanagement,
  2. Internationales Management,
  3. Investition und Finanzierung,
  4. Marketing,
  5. Operations Research,
  6. Produktion und Logistik,
  7. Unternehmensbesteuerung,
  8. Unternehmensführung,
  9. Unternehmensrechnung und Controlling,
  10. Versicherungswirtschaft,
  11. Wirtschaftsinformatik,
  12. Wirtschaftsprüfung.
- (5) Als Soziologie-Schwerpunkte können gewählt werden:
1. Innovations- und Techniksoziologie,
  2. Wirtschafts- und Industriesoziologie.
- (6) Als VWL-Schwerpunkte können gewählt werden:
1. Applied Economics,
  2. Makroökonomie,
  3. Mikroökonomie,
  4. Öffentliche Finanzen,
  5. Wirtschaftspolitik.
- (7) Anstelle eines BWL-Schwerpunktes gemäß Absatz 4 kann auch gewählt werden:
1. Industrielle Logistik.

- (8) Zur Bildung der Schwerpunkte in den Absätzen 4 bis 6 können durch die jeweiligen Prüferinnen und Prüfer auch Lehrveranstaltungen aus anderen Schwerpunkten anerkannt werden.
- (9) <sup>1</sup>Die zu einer Lehrveranstaltung oder einem Modul gehörende Prüfungsleistung kann zum Ende des Semesters erbracht werden, in dem die einem Modul zugeordnete Lehrveranstaltung angeboten wurde bzw. das Modul endet (Haupttermin Frühjahr oder Haupttermin Herbst). <sup>2</sup>Diese Prüfungsleistung kann auch zum Beginn des unmittelbar darauf folgenden Semesters erbracht werden (Nachtermin Frühjahr oder Nachtermin Herbst). <sup>3</sup>Soweit dies nicht eindeutig durch die jeweilige Modulbeschreibung festgelegt ist, geben die Prüferinnen und Prüfer spätestens vier Wochen nach dem Beginn der Vorlesungszeit, in die der zugehörige Haupttermin fällt, verbindlich Art und Umfang der im Nachtermin zu erbringenden Prüfungsleistung bekannt; beides kann im Nachtermin anders als im jeweiligen Haupttermin sein.

### § 13

#### Bachelor-Arbeit

- (1) <sup>1</sup>Die Bachelor-Arbeit ist eine Prüfungsarbeit. <sup>2</sup>Sie soll zeigen, dass die Kandidatin oder der Kandidat in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus ihrem bzw. seinem Fach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.
- (2) <sup>1</sup>Die Bachelor-Arbeit kann von jeder Hochschullehrerin, Privatdozentin oder Hochschuldozentin und von jedem Hochschullehrer, Privatdozenten oder Hochschuldozenten ausgegeben und betreut werden, sofern diese hauptberuflich in Forschung und Lehre in der Fakultät tätig sind. <sup>2</sup>Mit Genehmigung des Prüfungsausschusses und unter Beachtung des § 65 Abs. 1 HG kann die Bachelor-Arbeit von einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer ausgegeben und betreut werden, die oder der einem anderen Fachbereich der Universität Dortmund oder in begründeten Ausnahmefällen einer anderen Universität oder

der Fakultät als Honorarprofessorin oder Honorarprofessor angehört; in diesen Fällen ist der Kandidatin oder dem Kandidaten eine Hochschullehrerin oder ein Hochschullehrer der Fakultät als Zweitbetreuerin oder Zweitbetreuer zuzuordnen.

- (3) <sup>1</sup>Das Thema der Bachelor-Arbeit wird unter Beachtung von § 12 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5, Satz 2 Nr. 5, Satz 3 Nr. 5, Satz 4 Nr. 5 aus den in § 12 Abs. 4 bis 7 angeführten Schwerpunkten gewählt. <sup>2</sup>Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für das Thema der Bachelor-Arbeit zu machen. <sup>3</sup>§ 7 Abs. 3 ist zu beachten. <sup>4</sup>Die Bachelor-Arbeit kann im Einvernehmen zwischen Betreuerin oder Betreuer und Kandidatin oder Kandidat auch in englischer Sprache angefertigt werden.
- (4) <sup>1</sup>Das Thema für die Bachelor-Arbeit kann erst nach Erreichen von mindestens 120 ECTS-Leistungspunkten ausgegeben werden. <sup>2</sup>Die Ausgabe erfolgt über die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. <sup>3</sup>Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen.
- (5) Kann eine Kandidatin oder ein Kandidat keine Betreuerin oder keinen Betreuer benennen, sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten dafür, dass sie bzw. er ein Thema für eine Bachelor-Arbeit und eine Betreuerin oder einen Betreuer erhält.
- (6) Die Bachelor-Arbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit von zwei Kandidatinnen bzw. Kandidaten zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der oder des Einzelnen aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.
- (7) <sup>1</sup>Die Bearbeitungszeit für die Bachelor-Arbeit beträgt neun Wochen, bei einem empirischen, experimentellen oder mathematischen Thema höchstens dreizehn Wochen. <sup>2</sup>Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein,

dass die Bachelor-Arbeit innerhalb der vorgegebenen Frist abgeschlossen werden kann. <sup>3</sup>Auf begründeten Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit der Betreuerin oder dem Betreuer ausnahmsweise eine Verlängerung der Bearbeitungszeit um bis zu vier Wochen gestatten. <sup>4</sup>Ein Verlängerungsantrag ist spätestens 14 Tage vor Ablauf der Bearbeitungszeit zu stellen.

- (8) Das Thema der Bachelor-Arbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten 14 Tage der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden; die Bachelor-Arbeit gilt dann als nicht begonnen.
- (9) Der Umfang der Bachelor-Arbeit soll in der Regel etwa 30 bis 40 Seiten betragen.
- (10) <sup>1</sup>Bei der Abgabe der Bachelor-Arbeit hat die Kandidatin oder der Kandidat an Eides statt zu versichern, dass sie bzw. er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit einen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie wörtliche und sinngemäße Zitate kenntlich gemacht hat. <sup>2</sup>Bei Abgabe der Bachelor-Arbeit ist die Erklärung gemäß der Anlage 1 unterschrieben beizufügen.

## § 14

### Annahme und Bewertung der Bachelor-Arbeit

- (1) <sup>1</sup>Die Bachelor-Arbeit ist fristgemäß beim Zentrum für Studienangelegenheiten (ZfS) der Universität Dortmund in zwei gebundenen Ausfertigungen abzuliefern; bei Posteinlieferung gilt das Datum des Poststempels. <sup>2</sup>Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. <sup>3</sup>Wird die Bachelor-Arbeit nicht fristgemäß abgeliefert, gilt sie gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.
- (2) <sup>1</sup>Die Bachelor-Arbeit ist von zwei Prüferinnen oder Prüfern zu begutachten und zu bewerten. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss kann aus zwingenden Gründen Aus-

nahmen zulassen; die Gründe sind aktenkundig zu machen.<sup>3</sup>Die erste Prüferin bzw. der erste Prüfer soll die Betreuerin bzw. der Betreuer sein.<sup>4</sup>Die zweite Prüferin oder den zweiten Prüfer bestimmt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.<sup>5</sup>Mindestens eine Prüferin oder ein Prüfer muss der Fakultät angehören.<sup>6</sup>Die Bewertung ist durch jede Prüferin bzw. jeden Prüfer einzeln und entsprechend § 15 Abs. 1 vorzunehmen sowie schriftlich zu begründen.

- (3) <sup>1</sup>Die Note der Bachelor-Arbeit wird aus dem arithmetischen Mittel der einzelnen Bewertungen gebildet, sofern die Notendifferenz nicht mehr als 2,0 beträgt.<sup>2</sup>Beträgt die Notendifferenz mehr als 2,0 oder bewertet eine Prüferin oder ein Prüfer die Bachelor-Arbeit mit „ausreichend“ (4,0) oder besser, die oder der andere mit „nicht ausreichend“ (5,0), so wird von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses eine dritte Prüferin oder ein dritter Prüfer zur Bewertung der Bachelor-Arbeit bestimmt.<sup>3</sup>In diesem Fall wird die Note der Bachelor-Arbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Noten gebildet.<sup>4</sup>Die Bachelor-Arbeit kann jedoch nur dann als „ausreichend“ (4,0) oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei Noten „ausreichend“ (4,0) oder besser sind.<sup>5</sup>Die Bewertung ist der Kandidatin oder dem Kandidaten spätestens drei Monate nach der Abgabe der Bachelor-Arbeit mitzuteilen.
- (4) Unbeschadet von Absatz 2 Satz 2 bestellt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dann eine zweite Prüferin oder einen zweiten Prüfer, wenn die Bachelor-Arbeit nicht mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet ist; Absatz 3 gilt entsprechend.
- (5) <sup>1</sup>Vor der endgültigen Festsetzung der Modulnote hat die Kandidatin oder der Kandidat die mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertete Bachelor-Arbeit durch einen Vortrag gegenüber den Prüferinnen und Prüfern gemäß den Absätzen 2 bis 4 zu verteidigen.<sup>2</sup>§ 4 Abs. 7 bis 10 gilt entsprechend.<sup>3</sup>Das Ergebnis des Vortrags geht zu einem Viertel in die Modulnote ein, sofern er mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet ist.<sup>4</sup>Ein nicht mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewerteter Vortrag kann einmal wiederholt wer-

den. <sup>5</sup>Wird auch diese Vortragsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, ist das Modul mit „nicht ausreichend“ (5,0) zu bewerten und nicht bestanden.

## § 15

### **Bewertung der Prüfungsleistungen, Bildung der Noten und Bestehen der Bachelor-Prüfung**

- (1) <sup>1</sup>Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern festgesetzt. <sup>2</sup>Für die Bewertung sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	=	eine hervorragende Leistung;
2 = gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

<sup>3</sup>Zur differenzierten Bewertung der einzelnen Klausurarbeiten können die Noten um 0,3 verringert oder erhöht werden; die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

- (2) <sup>1</sup>Wird die Prüfungsleistung durch eine Modulprüfung erbracht, so ist diese Note gleichzeitig die Modulnote. <sup>2</sup>Wird die Prüfungsleistung durch mehrere kumulative Teilleistungen erbracht, errechnet sich die Modulnote aus dem arithmetischen Mittel der mit den zugehörigen ECTS-Leistungspunkten gewichteten,

nicht gerundeten Noten der einzelnen bestandenen Prüfungsleistungen. <sup>3</sup>Die Bewertung der erfolgreich abgelegten Englisch-Prüfung (§ 12 Abs. 2 Sätze 4 und 5) bleibt unberücksichtigt. <sup>4</sup>Die Modulnote lautet in Worten:

bei einem Durchschnitt bis 1,5 = sehr gut,

bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5 = gut,

bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5 = befriedigend,

bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0 = ausreichend.

- (3) <sup>1</sup>Die Bachelor-Prüfung ist bestanden, wenn alle zwölf Module bestanden sind. <sup>2</sup>Ein Modul ist bestanden, wenn entweder die Modulprüfung oder sämtliche Teilleistungen bestanden sind. <sup>3</sup>Die Bachelor-Prüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn nicht alle Module bestanden sind und keine Wiederholungsmöglichkeiten mehr bestehen.
- (4) <sup>1</sup>Die Gesamtnote der Bachelor-Prüfung errechnet sich aus dem arithmetischen Mittel der nicht gerundeten Modulnoten. <sup>2</sup>Absatz 2 Satz 4 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Anstelle der Gesamtnote „sehr gut“ wird das Gesamturteil „mit Auszeichnung bestanden“ erteilt, wenn die Bachelor-Arbeit mit 1,0 bewertet und der Durchschnitt aller anderen nicht gerundeten Modulnoten der Bachelor-Prüfung nicht schlechter als 1,25 ist.
- (5) Bei der Bildung der Modulnoten und der Gesamtnote wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.



(6) <sup>1</sup>Neben der Note nach Absatz 4 setzt der Prüfungsausschuss aus Gründen der Transparenz zugleich eine Note nach dem System des European Credit Transfer System (ECTS-Note) fest:

A = die besten 10 % der erfolgreichen Kandidaten und Kandidatinnen eines Jahrganges (eine im Vergleich hervorragende Leistung),

B = die nächsten 25 % der erfolgreichen Kandidaten und Kandidatinnen eines Jahrganges (eine im Vergleich überdurchschnittliche Leistung),

C = die nächsten 30 % der erfolgreichen Kandidaten und Kandidatinnen eines Jahrganges (eine im Vergleich durchschnittliche Leistung),

D = die nächsten 25 % der erfolgreichen Kandidaten und Kandidatinnen eines Jahrganges (eine im Vergleich unterdurchschnittliche Leistung),

E = die nächsten 10 % der erfolgreichen Kandidaten und Kandidatinnen eines Jahrganges (eine im Vergleich weit unterdurchschnittliche, aber noch ausreichende Leistung).

<sup>2</sup>Die Bildung der ECTS-Noten erfolgt durch einen Vergleich der von allen erfolgreichen Kandidatinnen und Kandidaten erzielten Ergebnisse der letzten drei Jahre.

## § 16

### Wiederholung der Bachelor-Prüfung

(1) <sup>1</sup>Jede nicht mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertete Prüfungsleistung kann zweimal wiederholt werden. <sup>2</sup>Bei Nicht-Bestehen einer Teilleistung ist nur diese zu wiederholen. <sup>3</sup>Ein Wechsel zu anderen Teilleistungen anlässlich einer

Wiederholung ist ausgeschlossen. <sup>4</sup>Die Bachelor-Arbeit kann nur einmal und nur mit neuer Themenstellung wiederholt werden. <sup>5</sup>Eine Rückgabe des Themas der Bachelor-Arbeit gemäß § 13 Abs. 8 ist nur zulässig, wenn die Kandidatin oder der Kandidat bei der Anfertigung der ersten Bachelor-Arbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hatte. <sup>6</sup>Die Wiederholung einer Prüfungsleistung muss innerhalb von drei Semestern erfolgen, ansonsten erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, die Kandidatin oder der Kandidat weist nach, dass sie oder er das Versäumnis nicht zu vertreten hat. <sup>7</sup>Fehlversuche an anderen Hochschulen sind anzurechnen.

- (2) Eine Wiederholung bestandener Prüfungsleistungen, auch der Bachelor-Arbeit, ist nicht zulässig.

## § 17

### **Zeugnis, Bescheide und Bescheinigungen**

- (1) <sup>1</sup>Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Bachelor-Prüfung bestanden, erhält sie oder er unverzüglich, spätestens vier Wochen nach der Bewertung der letzten Prüfungsleistung, über die Ergebnisse ein Zeugnis. <sup>2</sup>In das Zeugnis werden die Gesamtnote der Bachelor-Prüfung gemäß § 15 Abs. 4 und § 15 Abs. 6, die Module einschließlich des Themas der Bachelor-Arbeit und die Modulnoten aufgenommen. <sup>3</sup>Das Zeugnis enthält auch die Angabe, dass mit jedem Modul 15 ECTS-Leistungspunkte erworben wurden. <sup>4</sup>Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten wird in das Zeugnis auch die bis zum Abschluss der Bachelor-Prüfung benötigte Fachstudiendauer aufgenommen. <sup>5</sup>Das Zeugnis wird von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet. <sup>6</sup>Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht ist. <sup>7</sup>Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten wird das Zeugnis auch in englischer Sprache ausgestellt.

- (2) <sup>1</sup>Dem Zeugnis wird ein Diploma Supplement beigefügt. <sup>2</sup>Es beschreibt Art, Inhalt und Qualifikationsniveau des Studienganges sowie die erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen. <sup>3</sup>Es enthält zudem Informationen über die Universität Dortmund und das deutsche Hochschulsystem. <sup>4</sup>Das Diploma Supplement wird in deutscher und englischer Sprache ausgestellt.
- (3) <sup>1</sup>Höchstens einmal pro Semester wird auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten auch vor Abschluss der Bachelor-Prüfung eine Bescheinigung über die bereits erbrachten Prüfungsleistungen erstellt (Datenabschrift – Transcript of Records). <sup>2</sup>Sie enthält eine Aufstellung der erfolgreich absolvierten Module mit den jeweils erworbenen ECTS-Leistungspunkten und erbrachten Prüfungsleistungen sowie den Noten der Module und der einzelnen Prüfungsleistungen. <sup>3</sup>Auf begründeten Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten wird diese Bescheinigung auch in englischer Sprache ausgestellt.
- (4) <sup>1</sup>Ist die Bachelor-Prüfung endgültig nicht bestanden oder gilt eine Prüfungsleistung als nicht bestanden, erteilt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der Kandidatin oder dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen Bescheid. <sup>2</sup>Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (5) <sup>1</sup>Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Bachelor-Prüfung endgültig nicht bestanden, wird ihr bzw. ihm auf Antrag eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt. <sup>2</sup>Die Bescheinigung enthält eine Auflistung der an der Fakultät erfolgreich abgelegten Prüfungsleistungen und Module mit den jeweiligen ECTS-Leistungspunkten und Noten. <sup>3</sup>Aufgenommen wird der Zusatz, dass diese Bescheinigung nicht für die Vorlage an einer anderen Hochschule gilt.
- (6) Den Prüferinnen und Prüfern bleibt es unbenommen, weitere ihre jeweiligen Lehrveranstaltungen und Prüfungen betreffende Bescheinigungen auszustellen.

## § 18

### Bachelor-Urkunde

- (1) <sup>1</sup>Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird der Kandidatin oder dem Kandidaten eine Bachelor-Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. <sup>2</sup>Darin wird die Verleihung des Bachelor-Grades gemäß § 2 beurkundet. <sup>3</sup>Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten wird die Urkunde auch in englischer Sprache ausgestellt.
- (2) Die Bachelor-Urkunde wird von der Dekanin oder von dem Dekan der Fakultät und von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Fakultät versehen.

### **III. Schlussbestimmungen**

#### **§ 19**

#### **Ungültigkeit der Bachelor-Prüfung**

- (1) Hat die Kandidatin oder der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht wurde, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) <sup>1</sup>Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin oder der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. <sup>2</sup>Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.
- (3) Vor einer Entscheidung ist der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

- (4) <sup>1</sup>Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. <sup>2</sup>Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

## § 20

### Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) <sup>1</sup>Nach Bekanntgabe der Klausurergebnisse wird eine Einsicht in die jeweilige Klausurarbeit gewährt. <sup>2</sup>Zeit und Ort der Einsichtnahme werden von den Prüferinnen und Prüfern festgelegt und den Studierenden spätestens mit der Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse durch Aushang bekannt gegeben.
- (2) Nach Abschluss der Bachelor-Prüfung wird der Kandidatin oder dem Kandidaten auf Antrag Einsicht in ihre oder seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüferinnen und Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt.
- (3) <sup>1</sup>Der Antrag ist binnen eines Monats nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. <sup>2</sup>Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

## § 21

### Aberkennung des Bachelor-Grades

<sup>1</sup>Der Bachelor-Grad kann aberkannt werden, wenn sich nachträglich herausstellt, dass er durch Täuschung erworben ist oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrtümlich als gegeben angesehen worden sind. <sup>2</sup>Über die Aberkennung entscheidet der Fakultätsrat.

## **§ 22**

### **In-Kraft-Treten und Veröffentlichung**

- (1) <sup>1</sup>Diese Prüfungsordnung tritt am 1. Oktober 2007 in Kraft. <sup>2</sup>Sie findet auf alle Studierenden Anwendung, die ab Wintersemester 2007/2008 für den Bachelor-Studiengang Wirtschaftswissenschaften an der Universität Dortmund eingeschrieben worden sind.
  
- (2) Die Prüfungsordnung wird in den Amtlichen Mitteilungen der Universität Dortmund veröffentlicht.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Fakultätsrats der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät vom 27. September 2007 sowie des Rektorats der Universität Dortmund vom 5. September 2007.

Dortmund, den 11.10.2007

Der Rektor

Universitätsprofessor

Dr. Eberhard Becker